



**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Kann das Fürsorgeprinzip der Grundsicherung in
das System der gesetzlichen
Rentenversicherung integriert werden?**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Laws (LL.B.)
im Studiengang Rentenversicherung - Public Management

vorgelegt von

Lisa Mann

Studienjahr 2016/2017

Erstgutachterin: Frau Prof. Dr. Elke Gaugel
Zweitgutachterin: Frau Prof. Annemarie Diebold

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Verzeichnis der Anlagen	VI
1 Einleitung.....	1
2 Soziales Sicherungssystem in Deutschland	3
2.1 Versicherung.....	3
2.2 Versorgung	4
2.3 Fürsorge.....	4
3 Alterssicherung in Deutschland	6
3.1 Die gesetzliche Rentenversicherung.....	7
3.1.1 Grundprinzipien	7
3.1.1.1 Das Äquivalenzprinzip.....	8
3.1.1.2 Der Generationenvertrag.....	9
3.1.1.3 Der soziale Ausgleich.....	9
3.1.2 Die Regelaltersrente	9
3.1.2.1 Anspruchsvoraussetzungen	10
3.1.2.2 Altersgrenzen	10
3.1.2.3 Allgemeine Wartezeit	11
3.1.2.4 Durchschnittliche Zahlbeträge für Renten wegen Alters	12
3.1.3 Das Rentenniveau	13
3.1.4 Legitimationsproblem der gesetzlichen Rentenversicherung	15
3.2 Die betriebliche Altersvorsorge	16
3.3 Die private Altersvorsorge	17
3.4 Probleme des 3-Säulen-Modells	18
4 Fürsorgeleistungen/Fürsorgeprinzip.....	19
4.1 Grundsicherung im Alter	19
4.1.1 Anspruchsvoraussetzungen	20

4.1.2	Altersgrenze.....	20
4.1.3	Bedürftigkeit.....	20
4.1.4	Höhe der Regelleistungen (Bedarfssätze)	21
4.1.5	Mehrbedarfe	22
4.1.6	Angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung	23
4.1.7	Legitimationsproblem der Grundsicherung im Alter	24
4.2	Statistiken	25
4.2.1	Durchschnittliche Zahlbeträge für Grundsicherung im Alter..	25
4.2.2	Inanspruchnahme von Grundsicherung im Alter.....	26
4.2.3	Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung im Alter.....	27
4.2.4	Ursachen für die Nichtinanspruchnahme.....	28
4.3	Zusammenhang zwischen gesetzlicher Rente und Grundsicherung im Alter	29
5	Ergebnis der Forschungsfrage.....	32
6	Möglichkeiten zur Integration	35
6.1	Mindestrente	36
6.1.1	Die Garantierente	36
6.1.2	Die gesetzliche Solidarrente	38
6.2	Fortführung der Rente nach Mindestentgeltpunkte	41
6.3	Rente nach Mindestversicherungszeiten	44
6.4	Die gesetzliche Basisrente.....	47
7	Fazit.....	50
	Literaturverzeichnis	51
	Erklärung der Verfasserin.....	58

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
DRV	Deutsche Rentenversicherung
EP	Entgeltpunkt/e
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Gem.	Gemäß
GG	Grundgesetz
gRV	gesetzliche Rentenversicherung
GsiG	Grundsicherungsgesetz
Hrsg.	Herausgeber
i.V.m	in Verbindung mit
mind.	Mindestens
Nr.	Nummer
S.	Satz
SGB VI	Sozialgesetzbuch - Sechstes Buch (Gesetzliche Rentenversicherung)
SGB XII	Sozialgesetzbuch – Zwölftes Buch (Sozialhilfe)
sog.	Sogenannter
Vgl.	Vergleiche
z.B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht zum System der sozialen Sicherung	5
Abbildung 2: Stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze nach § 235 Abs. 2 SGB VI	11
Abbildung 3: Durchschnittliche Altersrentenzahlungsbeträge im Jahr 2015... 12	
Abbildung 4: Entwicklung des Standardrentenniveaus gemäß § 154 Abs. 3 SGB VI	14
Abbildung 5: Regelbedarfsstufen nach der Anlage zu § 28 SGB XII	21
Abbildung 6: Mietobergrenzen gem. § 12 Wohngeldgesetz	23
Abbildung 7: Inanspruchnahme von Altersgrundsicherung	26
Abbildung 8: Überschneidung von Grundsicherungsbedarf und Bruttorente nach Entgeltposition und Beitragsjahren	30
Abbildung 9: Durchschnittliche Versicherungsjahre und Entgeltpunkte einer Altersrente in Deutschland	31
Abbildung 10: Durchschnittlich berücksichtigte Mindestentgeltpunkte bei Renten wegen Alters	43

Verzeichnis der Anlagen

Alle aufgeführten Anlagen sind der Bachelorarbeit als CD-ROM beigelegt.

- Anlage 1:** BMAS, Bericht der Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI
- Anlage 2:** BMAS, Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme
- Anlage 3:** Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI
- Anlage 4:** DRV Bund, Statistikband Rente, 2015
- Anlage 5:** DRV Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, 2016
- Anlage 6:** Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, 2015
- Anlage 7:** Anwalt24, Lexikon, Sozialstaat
- Anlage 8:** BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, Die Broschüre
- Anlage 9:** BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung
- Anlage 10:** Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13493 vom 15.05.2013
- Anlage 11:** Deutsche Rentenversicherung, Rentenanpassung 2014
- Anlage 12:** Rentenversicherung in Zahlen 2016
- Anlage 13:** Pressemitteilung der DRV Bund
- Anlage 14:** Grand Tourisme – Worldwide, Alterssicherung. Eine Herzensangelegenheit
- Anlage 15:** Hans-Böckler-Stiftung, Grundsicherung erreicht viele arme Senioren nicht
- Anlage 16:** IG Metall, Für ein angemessenes Leistungsniveau der gesetzlichen Rente
- Anlage 17:** Infoportal Altersvorsorge, Drei-Säulen-Modell

- Anlage 18:** Kita, Kinderbetreuung, Rechte und Pflichten, Anspruch auf einen Betreuungsplatz
- Anlage 19:** Rentenreform-Alternative, Rentenniveau
- Anlage 20:** Sozialpolitik, Hintergrund Rentenversicherung
- Anlage 21:** Sozialpolitik aktuell, Durchschnittlicher Grundsicherungsbedarf
- Anlage 22:** Sozialpolitik aktuell, Niedriglohn und Rente
- Anlage 23:** Sozialpolitik aktuell, EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003-2015
- Anlage 24:** Statistisches Bundesamt, Durchschnittliche Rentenbezugsdauer der Versichertenrenten
- Anlage 25:** Statistisches Bundesamt, Durchschnittlich anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung
- Anlage 26:** WirtschaftsWoche, Flexi-Rente, So rechnet sich der flexible Einstieg in den Ruhestand, Stufenlose Rentenabschläge bei Hinzuverdienst
- Anlage 27:** Wohngeld, Mietstufen in Baden-Württemberg 2017 für Gemeinden und Kreise
- Anlage 28:** Zeit Online, Demografischer Wandel – Die Rentner-Republik

1 Einleitung

„Die Alterssicherung in Deutschland steht vor großen Herausforderungen“¹. Die Lebenserwartung der Bevölkerung steigt während gleichzeitig die Geburtenrate sinkt. Somit erhöht sich zukünftig das Verhältnis zwischen den Alten zur Gesamtbevölkerung. Laut einer Statistik der Industrieländerorganisation OECD finanzieren in Deutschland derzeit 2,85 Erwerbsfähige einen Rentner². Im Jahr 2050 sinkt die Zahl auf 1,54 Erwerbsfähige.³ Zudem ist die durchschnittliche Rentenbezugsdauer gestiegen und liegt momentan bei knapp 20 Jahren.⁴ Bis 2030 soll sie um weitere zwei bis drei Jahre ansteigen.⁵ Folglich gestaltet sich die Finanzierung des Umlageverfahrens in der gesetzlichen Rentenversicherung immer schwieriger. Die Politik hat das Problem bereits seit längerem erkannt und versuchte mit unterschiedlichen Rentenreformen, wie bspw. der Riester-Rentenreform im Jahr 2001, die Folgen des demographischen Wandels abzumildern, indem sie unter anderem das Rentenniveau zukünftig senken. Dadurch steigt kontinuierlich die Zahl der Rentner, deren Alterseinkünfte nicht zum Leben ausreichen und somit auch die Gefahr von Altersarmut.

Laut Aussage der Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles ist das Vertrauen der Menschen in ein sicheres Alterseinkommen der Kern unseres solidarisch aufgebauten Sozialstaats.⁶ Deswegen wird häufig gefordert, die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben, dass diese grundsätzlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Vor allem im Hinblick auf die diesjährige Bundestagswahl werben Parteien mit Reformvorschlägen zur Verbesserung der gesetzlichen Rentenversicherung. Mit

¹ Strengmann-Kuhn, Grundrente und Grundsicherung im Alter - Ziele, Modelle und offene Fragen, S. 99.

² Um die Lesbarkeit der vorliegenden Arbeit zu erleichtern, wird nur die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei jeweils miteingeschlossen.

³ Vgl. Zeit Online, Demografischer Wandel, Die Rentner-Republik, S. 1-2.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Durchschnittliche Rentenbezugsdauer der Versichertenrenten, S. 1.

⁵ Vgl. Pressemitteilung der DRV Bund, S. 1.

⁶ Vgl. BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, S.5.

diesem Thema befasst sich die vorliegende Bachelorarbeit. In dieser werden verschiedene Modelle beschrieben, ob und wie die Grundsicherung in die gesetzliche Rentenversicherung ganz oder teilweise integriert werden kann.

Der Schwerpunkt der Arbeit ist die gesetzliche Rentenversicherung und die Grundsicherung im Alter, da diese im sozialen Sicherungssystem im Hinblick auf das Alter eine zentrale Rolle einnehmen.

Die Arbeit ist in 7 Kapitel gegliedert, die sich wie folgt unterteilen.

Kapitel 2 stellt das soziale Sicherungssystem in Deutschland dar, sowie die drei Bestandteile Versicherung, Versorgung und Fürsorge.

Kapitel 3 befasst sich mit dem Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung. Hier wird vor allem auf die gesetzliche Rentenversicherung als Basisabsicherung im Alter eingegangen, um später einen Zusammenhang mit der Grundsicherung im Alter darstellen zu können.

Kapitel 4 und 5 behandeln die Leistungskataloge der gesetzlichen Rentenversicherung und der Grundsicherung im Alter. Ein Vergleich der beiden Alterssicherungssysteme soll aufzeigen, ob das Fürsorgeprinzip in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden kann.

Kapitel 6 beschäftigt sich mit den aktuell diskutierten Vorschlägen und Möglichkeiten verschiedener Akteure, wie das bestehende System der gesetzlichen Rentenversicherung reformiert werden kann, um das Fürsorgeprinzip zu integrieren. Zusätzlich wird ein eigenes Modell vorgestellt. Dieses hat das Ziel, den Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter und Altersarmut zu vermeiden.

Abschließend erfolgt in Kapitel 7 ein zusammenfassendes Fazit.

2 Soziales Sicherungssystem in Deutschland

Das soziale Sicherungssystem in Deutschland gehört zur Grundlage der Verfassungsordnung. Dies ist in Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes geregelt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 28 Abs.1 GG: sozialer Rechtsstaat). Genaue Bestimmungen von Inhalten und Zielen des Sozialstaatsprinzips sind im Grundgesetz nicht festgelegt. Daher bleibt dem Gesetzgeber ein gewisser Spielraum für die Ausgestaltung des Sozialstaates. Die sozialverfassungsrechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes hat der Gesetzgeber im Sozialgesetzbuch grundlegend geregelt.⁷ „Das grundlegende Ziel des Sozialstaates ist es, eine menschenwürdige Existenz zu sichern sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen.“⁸

Das soziale Sicherungssystem in Deutschland besteht aus drei Säulen, die nachfolgend im Einzelnen erläutert werden.

2.1 Versicherung

Die erste Säule bildet die gesetzliche Sozialversicherung, bestehend aus den gesetzlichen Krankenversicherungen, der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung sowie der sozialen Pflegeversicherung. Grundsätzlich dienen sie zur Sicherung gegen soziale Risiken und dem Erhalt des Lebensstandards. Im Falle eines Risikoeintritts werden Leistungen gewährt.⁹ Das vermutlich größte Risiko stellt der Verlust des Arbeitsentgeltes dar, bedingt durch Krankheit, Alter, Unfall oder Arbeitslosigkeit. Kennzeichen der Sozialversicherung sind je nach Zweig das Äquivalenzprinzip oder das Solidaritätsprinzip. Dies bedeutet, dass die Mitglieder der Solidargemeinschaft sich

⁷ Vgl. Statistik Baden-Württemberg, Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, 2015, S. 109.

⁸ Statistik Baden-Württemberg, Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, 2015, S. 109.

⁹ Vgl. Pilz, Der Sozialstaat, S.104.

gegenseitig unterstützen und die zu versichernden Risiken von allen Versicherten durch Beiträge finanziert werden. Das Äquivalenzprinzip wird unter 3.1.1.1. näher erläutert. Es besteht grundsätzlich Versicherungspflicht in den einzelnen Zweigen. Die Finanzierung erfolgt meist hälftig über einkommensbezogene Beiträge der Beschäftigten und deren Arbeitgeber.¹⁰

2.2 Versorgung

Die zweite Säule bilden die soziale Versorgung und die soziale Entschädigung, bestehend unter anderem aus der Kriegs- und Gewaltopferversorgung, der Beamtenversorgung, sowie der Versorgung von Wehr- und Zivildienstgeschädigten. Die genannten Leistungen greifen im Rahmen der Entschädigung, d.h. sie entschädigen Personen, die Opfer oder Dienste für die Gesellschaft erbracht haben. Anders als beim Versicherungsprinzip wird die soziale Versorgung durch öffentliche Transferzahlungen des Staates in Form von Steuern ohne Beitragsleistung des Empfängers finanziert.¹¹

2.3 Fürsorge

Die dritte Säule bildet den sozialen Ausgleich in Form der sozialen Fürsorge, bestehend unter anderem aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, sowie den Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Fürsorgeleistungen dienen der finanziellen Mindestsicherung und sollen ein menschenwürdiges Leben garantieren.¹² Es gilt das Subsidiaritätsprinzip, d.h. die genannten Leistungen werden nachrangig gewährt. Sie greifen erst, wenn eine Person in eine existenzbedrohende Situation gerät und Leistungen aus

¹⁰ Vgl. Statistik Baden-Württemberg, Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, 2015, S. 110.

¹¹ Vgl. Statistik Baden-Württemberg, Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, 2015, S. 110.

¹² Vgl. Pilz, Der Sozialstaat, S. 105-106.

der gesetzlichen Sozialversicherung und der Versorgung bereits ausgeschöpft wurden bzw. fehlen.¹³ Die Finanzierung erfolgt ebenfalls durch Steuern.

Die drei Säulen unterscheiden sich im Wesentlichen durch die Art der Finanzierung und durch den Umfang der Leistungsgewährung.¹⁴

Abbildung 1: Übersicht zum System der sozialen Sicherung

Soziale Sicherung		
Soziale Vorsorge (Versicherung)	Soziale Entschädigung (Versorgung)	Sozialer Ausgleich (Fürsorge)
Sozialversicherung zur Abdeckung allgemeiner Lebensrisiken, wie z.B. Krankheit, Pflege, Alter, Unfall und Arbeitslosigkeit.	Staatliche Entschädigungsleistungen für Sonderopfer (z.B. Wehrdienst, Kriegsopfer)	Staatliche Fürsorgeleistungen bei sozialen Notlagen und Benachteiligungen (z.B. Grundsicherung, Kriegsopferfürsorge)
→ Risikoabdeckung → Beitragsfinanziert	→ Opfer-/Schadensausgleich → Steuerfinanziert	→ Bedarfsdeckung → Nachrangigkeit → Steuerfinanziert

Quelle: Renn/Schoch, Die neue Grundsicherung, S. 21.

Im nächsten Kapitel wird das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung vorgestellt, um die gesetzliche Rentenversicherung besser einzuordnen und einen Zusammenhang zur Grundsicherung im Alter herzustellen zu können.

¹³ Vgl. Statistik Baden-Württemberg, Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, 2015, S. 110.

¹⁴ Vgl. Pilz, Der Sozialstaat, S. 103.

3 Alterssicherung in Deutschland

Die Alterssicherung der Arbeitnehmer in Deutschland besteht aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge.¹⁵ Das Mehrsäulenmodell wurde durch die Rentenreform im Jahr 2001 eingeführt. Grundsätzliches Ziel der Alterssicherungspolitik ist, dass alle Bürger in der Lage sind, sich mit Hilfe dieser drei Säulen der Alterssicherung eine lebensstandardsichernde Altersvorsorge aufzubauen. Außerdem sollte das Alterseinkommen die Lebensleistung widerspiegeln, d.h. wer ein Leben lang sein Einkommen aus eigener Kraft bestritten hat, soll auch im Alter eine Altersversorgung oberhalb der Grundsicherung erhalten. Wichtig ist, dass die Finanzierung der Alterssicherung generationengerecht und verlässlich ist, trotz des demografischen Wandels. Alle Reformschritte müssen daher stets die oben genannten Ziele im Auge behalten und nachhaltig durchgeführt werden.¹⁶ Der Lebensstandard sollte aus allen drei Säulen im Alter finanziert werden, da die gesetzliche Rentenversicherung allein nicht mehr ausreichen wird.¹⁷

Im Folgenden wird ausführlich auf die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung eingegangen, da sie im Alterssicherungssystem eine zentrale Bedeutung hat. Derzeit sind rund 53 Millionen Menschen in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert und 20,8 Millionen beziehen Renten.¹⁸ Auf die zweite und dritte Säule wird nur kurz eingegangen.

Die erste Säule besteht aus den öffentlich finanzierten Alterssicherungssystemen, wie der gesetzlichen Rentenversicherung, der Beamtenversorgung, der Alterssicherung der Landwirte und der Künstlersozialversicherung.

¹⁵ Vgl. Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung, S. 821.

¹⁶ Vgl. BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, S.6.

¹⁷ Vgl. Infoportal Altersvorsorge, Drei-Säulen-Modell, S. 2.

¹⁸ Vgl. BMAS, Ergänztender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGBVI, S. 7.

3.1 Die gesetzliche Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung stellt seit ihrer Einführung vor über 125 Jahren für den Großteil der Bevölkerung eine Basisabsicherung dar, während die zusätzliche - betriebliche oder private - Altersvorsorge als zweite und dritte Säule diese ergänzt.¹⁹ Betrachtet man die Zahlen der drei Alterssicherungssysteme, wird die Stellung der gesetzlichen Rentenversicherung deutlich. Sie macht 74 % aller Alterssicherungsleistungen, die an 65-Jährige und Ältere gezahlt werden, aus. Selbst wenn man die Perspektive um das gesamte Bruttoeinkommen im Alter erweitert, bleibt die gesetzliche Rente mit 63 % die dominierende Einkommensquelle. Die betriebliche und die private Vorsorge machen jeweils 8 % aus.²⁰

Durch das Altersvermögensergänzungsgesetz 2001 wurde die langfristige Absenkung des Rentenniveaus beschlossen. Daher nimmt die dominierende Stellung der gesetzlichen Rentenversicherung im Alter immer mehr ab und es wird notwendig sein, zusätzlich betrieblich und privat vorzusorgen, um den gewohnten Lebensstandard im Alter zu erhalten.²¹

3.1.1 Grundprinzipien

Die gesetzliche Rentenversicherung beruht auf dem Versicherungsprinzip, Äquivalenzprinzip, sozialen Ausgleich und dem Generationenvertrag. Diese Grundprinzipien sind die Basis für die hohe Akzeptanz des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung und prägen den Charakter der Rentenversicherung als Teil der Sozialversicherung. Daher sollen sie auch künftig grundlegend für Reformvorschläge sein.²²

Im Folgenden wird auf das Äquivalenzprinzip eingegangen, da es einen hohen Stellenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung einnimmt. Zu dem

¹⁹ Vgl. BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, S.8.

²⁰ Vgl. BMAS, Ergänzendes Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGBVI, S. 93.

²¹ Vgl. Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung, S. 821.

²² Vgl. BMAS, Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, S. 68.

unterscheidet es die Rentenversicherung von anderen Sozialversicherungszweigen, wie der Kranken- und Pflegeversicherung. Zusätzlich werden der Generationenvertrag und der soziale Ausgleich als Ergänzung des Äquivalenzprinzips behandelt.

3.1.1.1 Das Äquivalenzprinzip

Das Äquivalenzprinzip ist in den Grundsätzen der Rentenberechnung gem. § 63 Abs. 1 SGB VI geregelt. Äquivalenz zwischen Beitrag und Leistung bedeutet, dass sich die Rentenhöhe vor allem nach der Höhe der während des Erwerbslebens gezahlten Beiträge richtet.²³ § 63 Abs. 2 SGB VI besagt, dass das durch Beiträge versicherte Arbeitsentgelt und Arbeitseinkommen für jedes Kalenderjahr getrennt in Entgeltpunkten umgerechnet wird. Dabei ergibt die Versicherung in Höhe des Durchschnittsentgelts einen vollen Entgeltpunkt. Wer das 1,5-fache des Durchschnittsentgelts verdient, erhält 1,5 Entgeltpunkte. Das bedeutet, dass ein Entgeltpunkt die Gegenleistung für den Durchschnittsbeitrag des jeweiligen Jahres ist. Den Wert der Entgeltpunkte bestimmt der aktuelle Rentenwert gem. § 68 SGB VI. Seit 01.07.2016 ist ein Entgeltpunkt West 30,45 € wert und hat einen Beitragswert von 6.938,26 €. ²⁴

Zwischen der Summe der im Erwerbsleben gezahlten Beiträge und der Höhe der Rente besteht jedoch keine direkte Äquivalenz. Grund dafür ist der variierende Beitragsaufwand durch Änderung des Beitragssatzes. Daher wird unter anderem von einer Teilhabeäquivalenz gesprochen. Teilhabeäquivalenz bedeutet, dass jeder Beitragszahler zur gleichen Zeit bei gleichem Verdienst, mit einem gleich hohen Beitrag belastet ist und durch gleich hohe Beiträge gleichwertige Anrechte auf Leistungen/Entgeltpunkte erwirbt.²⁵ Ein Euro Rente ist 2017 die Gegenleistung für einen Beitrag von 277,58 €.

²³ Vgl. Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung, S. 279.

²⁴ Der Beitragssatz 2017 beträgt 18,7 % und das vorläufige Durchschnittsentgelt 37.103 €.

²⁵ Vgl. Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung, S. 279-280.

3.1.1.2 Der Generationenvertrag

Der Grundsatz lautet: „Einer für alle – alle für einen.“²⁶

Die gesetzliche Rentenversicherung ist umlagefinanziert, d.h. es werden Beiträge eingezahlt und damit die laufenden Renten finanziert. Somit wird kein Vermögen angespart. Im Gegenzug erhalten die Versicherten einen Rechtsanspruch auf eine eigene Rente bei Erfüllung der Voraussetzungen, welche die nächste Generation durch Beitragszahlung finanzieren wird. Dieses Finanzierungssystem wird als Umlageverfahren oder Generationenvertrag bezeichnet.

3.1.1.3 Der soziale Ausgleich

Der soziale Ausgleich stellt das Gegenteil der Äquivalenz von Beitrag und Leistung dar. Bei der Rentenberechnung werden Elemente berücksichtigt, die nicht auf eigener Beitragsleistung beruhen wie bspw. die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten oder Anrechnungszeiten für Ausbildung, Schwangerschaft, Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Da es sich um Ausgleichsleistungen handelt, zahlt der Bund der gesetzlichen Rentenversicherung „zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen“ mehrere Bundeszuschüsse.²⁸

3.1.2 Die Regelaltersrente

Die Regelaltersrente ist der Klassiker unter den Altersrenten, da sie bereits mit fünf Jahren Wartezeit (Mindestversicherungszeit) und Vollendung des erforderlichen Lebensalters in Anspruch genommen werden kann. Zu dem enthält diese Rente keinerlei Abschläge und keine Einkommensanrechnung. Zum 31.12.2015 bezogen in den alten Bundesländern 2.702.790 Männer und 4.188.371 Frauen von insgesamt 14.493.443 eine Regelaltersrente.²⁹ Diese Zahlen machen deutlich, dass es sich hierbei um die meist

²⁶ Sozialpolitik, Hintergrund Rentenversicherung, S. 1.

²⁷ Vgl. Sozialpolitik, Hintergrund Rentenversicherung, S. 1.

²⁸ Vgl. BMAS, Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, S. 70-71.

²⁹ Vgl. Rentenversicherung in Zahlen 2016, S. 35.

bezogene Altersrente handelt. Die gesetzliche Grundlage für die Regelaltersrente ist § 35 SGB VI bzw. § 235 SGB VI (Übergangsvorschrift).

3.1.2.1 Anspruchsvoraussetzungen

Gemäß § 235 Abs. 1 SGB VI haben Versicherte Anspruch auf eine Regelaltersrente, wenn sie die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Versicherte, die vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, haben dann einen Anspruch, wenn sie die Regelaltersgrenze erreicht haben und die allgemeine Wartezeit erfüllt haben. Die Regelaltersgrenze wird frühestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht.

Für Versicherte, die nach dem 1. Januar 1964 geboren sind gilt § 35 SGB VI. Auch hier haben Versicherte Anspruch auf die Regelaltersrente, wenn sie die Regelaltersgrenze erreicht und die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt haben. Jedoch wird hier die Regelaltersgrenze erst mit Vollendung des 67. Lebensjahr erreicht. Mit Erreichen der Regelaltersgrenze ist außerdem ein unbegrenzter Hinzuverdienst möglich.

3.1.2.2 Altersgrenzen

Nach § 235 Abs. 2 SGB VI erreichen Versicherte, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahr. Für Versicherte, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Regelaltersgrenze durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz stufenweise angehoben. Grund für die Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre war die Anpassung an die demographische Entwicklung. Die Gesellschaft verändert sich. Es werden immer weniger Kinder geboren, gleichzeitig werden die Menschen immer älter und beziehen entsprechend länger Rente.

Abbildung 2: Stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze nach § 235 Abs. 2 SGB VI

Versicherte Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monat
1947	1	65	1
1951	5	65	5
1956	10	65	10
1958	12	66	0
1960	16	66	4
1963	22	66	10

Quelle: § 235 Abs. 2 SGB VII.

Ab dem 1. Januar 1947 wird die Altersgrenze schrittweise jährlich um einen Monat angehoben auf das 65. Lebensjahr und einen Monat. Bis zum Geburtsjahr 1958 erfolgt die Anhebung pro Jahrgang um einen Monat, danach um jeweils zwei Monate. Ab dem Geburtsjahrgang 1964 wird die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 67. Lebensjahres erreicht, im Jahr 2017 mit Vollendung des 65. Lebensjahres und sechs Monaten.³⁰

Eine vorzeitige Inanspruchnahme mit Abschlägen ist bei der Regelaltersrente nicht möglich.

3.1.2.3 Allgemeine Wartezeit

Die allgemeine Wartezeit beträgt gem. § 50 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI fünf Jahre bzw. 60 Monate. Auf die allgemeine Wartezeit werden nach § 51 Abs. 1 und 4 SGB VI Kalendermonate mit Beitragszeiten und Ersatzzeiten angerechnet. Beitragszeiten sind gem. § 55 Abs. 1 SGB VI Zeiten, für die nach Bundesrecht Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge gezahlt worden sind. Zusätzlich werden Zeiten aus einer geringfügigen versicherungsfreien Beschäftigung und Zeiten aus einem durchgeführten Versorgungsausgleich sowie Zeiten aus einem Rentensplitting unter Ehegatten/Lebenspartnern nach § 52 SGB VI angerechnet.

³⁰ Auf die Vertrauensschutzregelung wird nicht eingegangen.

3.1.2.4 Durchschnittliche Zahlbeträge für Renten wegen Alters

Die Summe der erzielten persönlichen Entgeltpunkte und die Höhe des aktuellen Rentenwerts sind entscheidend für die Rentenhöhe. Je höher das Arbeitsentgelt im Erwerbsleben im Vergleich zum Durchschnittsentgelt ist, desto höher fallen die Entgeltpunkte aus. Das ergibt sich aus dem Äquivalenzprinzip.

Zwar erhalten viele Menschen nicht nur eine gesetzliche Altersrente, sondern haben evtl. zusätzlich betrieblich oder/und privat vorgesorgt. Jedoch besteht bei diesem Personenkreis nicht die Gefahr zusätzlich von Grundversicherungsleistungen im Alter leben zu müssen. Dies betrifft vor allem Geringverdiener oder Langzeitarbeitslose, die sich eine zusätzliche Altersvorsorge nicht leisten können.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Zahlbeträge³¹ von Renten wegen Alters insgesamt bei einem Rentenzugang im Jahr 2015 an.

Abbildung 3: Durchschnittliche Altersrentenzahlbeträge im Jahr 2015

Rentenzugang 2015	West	Ost	Deutschland
Männer und Frauen	785 €	917 €	810 €
Männer	1014 €	973 €	1006 €
Frauen	583 €	860 €	633 €

Quelle: DRV Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, 2016, S. 123 ff.

Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der gesetzlichen Altersrenten in Deutschland betrug am 31.12.2015 insgesamt 810 €. Auffallend ist, dass

³¹ Bei den Rentenzahlbeträgen wurde die Eigenbeteiligung des Rentners zur Kranken- und Pflegeversicherung bereits abgezogen.

der Unterschied der durchschnittlichen Rentenzahlungsbeträge zwischen Männern und Frauen in Deutschland immer noch sehr hoch ist und zwar mit einer Differenz von 373 €.

3.1.3 Das Rentenniveau

Das Rentenniveau bezeichnet das Verhältnis zwischen einer Standardrente (auch „Eckrente“) und dem Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen im selben Jahr. Die Standardrente entspricht einer fiktiven Regelaltersrente (§§ 35, 235 SGB VI) mit 45 Entgeltpunkten, d.h. ein durchschnittliches Einkommen aus Anlage 1 zum SGB VI über 45 Versicherungsjahre. Die persönliche Rente eines Versicherten ist je nach Verdienst und entsprechender Beitragszahlung niedriger oder höher als die Standardrente.³²

Die derzeitige Standardrente beträgt im Westen seit dem 01.07.2016 ca. 1370,25 € brutto.

Bedingt durch die Riester-Rentenreform 2001 und das RV-Nachhaltigkeitsgesetz 2004 wird das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung zwecks Stabilisierung des Beitragssatzes (bis 2020 nicht über 20 % und bis 2030 nicht über 22 %) zukünftig sinken.³³ Grund für die Reformen war die demographische Entwicklung, da sich in den kommenden Jahren die Zahl der Rentenbezieher im Verhältnis zur Anzahl der Beitragszahler weiter erhöhen wird.

Das Sicherungsniveau vor Steuern nach § 154 Abs.3 S.1 Nr.2 SGB VI darf bis zum Jahr 2020 einen Wert von 46% oder bis zum Jahr 2030 einen Wert von 43% nicht unterschreiten (sog. Mindestsicherungsniveau). Ansonsten hat die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.

³² Vgl. Rentenreform-Alternative, Rentenniveau, S. 1-2.

³³ Vgl. Rentenreform-Alternative, Rentenniveau, S. 1-2.

Abbildung 4: Entwicklung des Standardrentenniveaus³⁴ gemäß § 154 Abs. 3 SGB VI

Jahr	Standardrentenniveau netto vor Steuern³⁵ in %
2008	50,5
2012	49,4
2016	48,0
Vorausberechnung	
2020	47,9
2024	47,0
2026	46,2
2029	44,5

Quelle: BMAS, Bericht der Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI, S. 39.

Das Rentenniveau vor Steuern sinkt kontinuierlich, 2008 waren es 50,5%, 2016 nur noch 48%. Die Standardrente im Jahr 2016 betrug also im Vergleich zum Jahresarbeitsentgelt mit 48% nicht einmal mehr die Hälfte. Im Jahr 2024 wird das Sicherungsniveau laut Vorausberechnung 47% betragen und bis auf 44,5% im Jahr 2030 sinken.

Das vorgegebene Mindestsicherungsniveau in Höhe von 46% bis zum Jahr 2020 und von 43% bis zum Jahr 2030 wird laut der Vorausberechnung eingehalten.³⁶

Bei der Betrachtung des Standardrentenniveaus muss zusätzlich beachtet werden, dass hierbei von 45 Versicherungsjahren mit jeweils dem Durchschnittsverdienst ausgegangen wird. Die Realität sieht jedoch anders aus. Viele Rentner haben und werden in Zukunft nicht auf 45 Versicherungsjah-

³⁴ Verhältnis der Jahresstandardrente zum durchschnittlichen Jahresarbeitsentgelt (Quotient aus Standardrente und Jahresentgelt x 100).

³⁵ Verfügbare Größen vor Steuern (§ 154 Abs. 3 S. 1 Nr.2 SGB VI).

³⁶ Vgl. BMAS, Bericht der Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI, S. 39.

ren kommen oder einen geringeren Verdienst als der Durchschnittsverdienst haben. Daher fällt das Rentenniveau für diesen Personenkreis geringer aus.

Das sinkende Sicherungsniveau vor Steuern macht deutlich, dass die gesetzliche Rentenversicherung zukünftig als Alterssicherung nicht ausreichen wird, um den gewohnten Lebensstandard im Alter erhalten zu können. Daher sollten zusätzliche betriebliche und private Altersvorsorge betrieben werden.³⁷

3.1.4 Legitimationsproblem der gesetzlichen Rentenversicherung

Das Legitimationsproblem der gesetzlichen Rentenversicherung entsteht, wenn der Versicherte trotz langjähriger Beitragszahlung einen Rentenanspruch oberhalb des Grundsicherungsniveaus nicht oder nur knapp erreicht. Ursächlich hierfür sind zum einen das Äquivalenzprinzip und zum anderen das sinkende Leistungsniveau. Das Äquivalenzprinzip beruht auf Leistung und Gegenleistung. Das hat zur Folge, dass bei wenigen einbezahlten Beiträgen oder niedrig einbezahlten Beiträgen auf Grund geringen Verdienstes ein Rentenanspruch unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Die Bereitschaft, Beiträge einzuzahlen sinkt, da der Lebensbedarf im Alter ohnehin nur durch eine ergänzende Fürsorgeleistung sichergestellt werden kann. Vor allem kann die Grundsicherung ohne Beitragsleistung bezogen werden.³⁸

Das Leistungsniveau sinkt unter anderem wegen der Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dadurch müssen Arbeitnehmer zukünftig mit einem höheren Beitragssatz rechnen und zusätzlich das sinkende Leistungsniveau durch private und betriebliche Altersvorsorge ausgleichen. Derzeit liegt der Beitragssatz bei 18,7 % und soll nach

³⁷ Vgl. BMAS, Bericht der Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI, S. 12.

³⁸ Vgl. Winfried Schmähl, Warum ein Abschied von der „neuen deutschen Alterssicherungspolitik“ notwendig ist, S. 17-18.

Prognosen der Bundesregierung ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2029 schrittweise auf 21,5 % angehoben werden. Im gleichen Zeitraum soll das Rentenniveau von derzeit 48 % auf 44,5 % sinken. Folglich wird es zu einer „massiven Legitimationskrise“ in der gesetzlichen Rentenversicherung kommen. Gleichzeitig werden die Versorgungslücken im Alter größer, da sich gerade die Geringverdiener keine zusätzliche Altersvorsorge leisten können. Der Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter wird zunehmen.³⁹

Eine Mindestrente in der gesetzlichen Rentenversicherung könnte Abhilfe leisten, indem sie das Äquivalenzprinzip durchbricht und das sinkende Leistungsniveau zum Teil ausgleicht. Bisher gibt es im deutschen Alterssicherungssystem keine Mindestrente. Als letztes Auffangnetz bleibt lediglich die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter. Daher besteht dringender Handlungsbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch die Politik erkannte das Problem und entwarf Reformvorschläge, unter anderem zu einer Mindestrente. Diese Reformvorschläge und weitere Lösungsvorschläge von verschiedenen Akteuren werden in Kapitel 6 vorgestellt und erörtert.

3.2 Die betriebliche Altersvorsorge

Die zweite Säule der Alterssicherung ist die betriebliche Altersversorgung. Diese gibt es in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert. „Eine betriebliche Altersversorgung liegt vor, wenn der Arbeitgeber seinen Beschäftigten Leistungen der Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversorgung zusagt.“⁴⁰ In der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversicherte Arbeitnehmer haben seit dem Jahr 2002 einen Rechtsanspruch auf betriebliche Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung. Das heißt, dass nicht pflichtversicherte Arbeitnehmer keinen Rechtsanspruch haben und somit keine Möglichkeit betrieblich fürs Alter vorzusorgen. Bei der Entgeltumwandlung wird ein Teil

³⁹ Vgl. IG Metall, Für ein angemessenes Leistungsniveau der gesetzlichen Rente, S. 1-2.

⁴⁰ BMAS, Ergänztender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI, S. 129.

des Bruttoentgelts vor Steuer und vor Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen vom Arbeitgeber in einen betrieblichen Versorgungsvertrag gezahlt. Bei der Betriebsrente sind fünf verschiedene Durchführungswege möglich. Diese sind Direktkassen, Unterstützungskassen, Direktversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds. Dadurch können Arbeitnehmer steuerfrei und zum Teil sozialversicherungsfrei eine betriebliche Altersrente ansparen.⁴¹ Ende 2015 hatten 20,4 Millionen Menschen aktive Anwartschaften, für die im laufenden Jahr Beiträge entrichtet worden sind.⁴²

3.3 Die private Altersvorsorge

Die dritte Säule der Alterssicherung stellt die private Altersversorgung dar. Die steuerlich geförderte, kapitalgedeckte Riester-Rente wurde im Jahr 2002 eingeführt.⁴³ Sie umfasst alle Formen der privaten Vermögensbildung, die der Altersabsicherung dienen. Dabei kann jeder sein individuelles Vorsorgepaket zusammenstellen, z.B. in Form von Sparverträgen, einer Kapitallebensversicherung, eines Investmentfonds oder einer privaten Rentenversicherung.⁴⁴ Laut Angaben der Anbieter besaßen Ende Juni 2016 ca. 16,5 Millionen Menschen einen Riester-Vertrag. Dabei entfielen ca. 11 Millionen Verträge auf die private Rentenversicherung. Sie ist somit die am meisten nachgefragte Vorsorgeform.⁴⁵

Die private und betriebliche Altersvorsorge werden im Kapitaldeckungsverfahren finanziert, d.h. eingehende Beiträge werden für die spätere Rente angelegt und jedes Jahr verzinst. Die Rentenhöhe hängt daher von der Anzahl der eingezahlten Beiträge, der Beitragshöhe und den Zinsen ab.⁴⁶

⁴¹ Vgl. Sozialpolitik, Hintergrund Rentenversicherung, S. 3.

⁴² Vgl. BMAS, Ergänzendes Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI, S. 131.

⁴³ Vgl. BMAS, Ergänzendes Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI, S. 138.

⁴⁴ Vgl. Sozialpolitik, Hintergrund Rentenversicherung, S. 3.

⁴⁵ Vgl. BMAS, Ergänzendes Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI, S. 139.

⁴⁶ Vgl. Sozialpolitik, Hintergrund Rentenversicherung, S. 3.

3.4 Probleme des 3-Säulen-Modells

Vergleicht man die Leistungen der ersten Säule mit den Leistungen der zweiten und dritten Säule, fällt auf, dass das Gesamteinkommen im Alter zu 74 % aus der gesetzlichen Rentenversicherung und nur zu 16 % aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge besteht. Für die geringe Inanspruchnahme der zweiten und dritten Säule könnten mehrere Gründe möglich sein. Zum einen könnte es an einer schlechten Rentabilität oder an der Intransparenz liegen.

Problematisch könnte auch die Tatsache sein, dass die private und betriebliche Altersvorsorge freiwillig ist und somit einige Menschen darauf verzichten. In der gesetzlichen Rentenversicherung hingegen sind alle Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind, „zwangsversichert“.

Eine zusätzliche Altersvorsorge zu bedienen ist vielen Menschen zudem finanziell nicht möglich. Vor allem Geringverdiener haben ohnehin bereits nicht viel Geld zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten zur Verfügung. Auch der Gedanke, im Alter ohnehin auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein, spielt eine Rolle für die geringe Inanspruchnahme.

Es kann festgehalten werden, dass das Ziel einer Lebensstandardsicherung aus drei Säulen für viele Menschen bisher keine Alternative darstellt. Die zusätzliche Altersvorsorge sollte daher attraktiver und transparenter gestaltet werden.

Um eine Aussage treffen zu können, ob das Fürsorgeprinzip in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden kann, muss zunächst das System der Fürsorge beschrieben werden, insbesondere die Grundsicherung im Alter.

4 Fürsorgeleistungen/Fürsorgeprinzip

Die Sozialhilfe ist ein Teilbereich des Systems der sozialen Sicherung und zählt zu den Fürsorgeleistungen. Sie entstand auf Grund des Art. 20 Abs.1 i.V.m Art. 1 GG, in dem der Staat die Führung eines Lebens ermöglichen muss, das der Würde des Menschen entspricht. Dies wurde durch das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30.06.1961 geschaffen und ist am 01.06.1962 in Kraft getreten. Durch das „Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch“ vom 27.12.2003 wurde das Sozialhilferecht reformiert. Das BSHG wurde zum 01.01.2005 durch das neue Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch abgelöst. Bis heute ist die Sozialhilfe im Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch geregelt.⁴⁷

Im Weiteren wird auf die Grundsicherung im Alter nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuchs, als ein Teil der Sozialhilfe eingegangen.

4.1 Grundsicherung im Alter

Die Grundsicherungsleistung soll gem. § 1 S. 1 SGB XII die Führung eines menschenwürdigen Lebens im Alter ermöglichen. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört auch die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums nach den Grundrechten aus Art. 1 Abs.1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG. Wer aufgrund des Alters seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann, hat grundsätzlich Anspruch auf Grundsicherung im Alter als unterstes Netz der sozialen Sicherung. Die Grundsicherung ist keine Rentenart, sondern eine bedarfsorientierte Sozialleistung, die aus Steuermitteln finanziert wird.

Mit dem „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GsiG) vom 26.06.2001 ist die bedarfsorientierte Grundsicherung zum 01.01.2003 in Kraft getreten. Zum 01.01.2005 wurde das GsiG aufgehoben und in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) als Viertes Kapitel (§§ 41 ff. SGB XII) eingeordnet.⁴⁸

⁴⁷ Vgl. Schellhorn, SGB XII - Sozialhilfe, S. 1-3.

⁴⁸ Vgl. Edtbauer/Kievel, Grundsicherungs- und Sozialhilferecht für soziale Berufe, S. 1-3.

4.1.1 Anspruchsvoraussetzungen

Die Anspruchsvoraussetzungen für Grundsicherung im Alter sind im § 19 Abs. 2 i.V.m. §§ 41 ff SGB XII geregelt.

Demnach ist anspruchsberechtigt, wer

- die maßgebende Altersgrenze erreicht hat und
- den notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus Einkommen und Vermögen sicherstellen kann (Bedürftigkeit).

Die oben genannte Leistung wird nur auf Antrag gewährt.

4.1.2 Altersgrenze

Die Altersgrenze gem. § 41 Abs. 2 SGB XII wurde durch Artikel 7 des „RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ an die Regelaltersgrenze (§ 235 Abs.2 SGB VI) der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst. Somit erreichen Personen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Für Personen, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Altersgrenze gem. § 41 Abs. 2 SGB XII schrittweise auf das 67. Lebensjahr angehoben.

4.1.3 Bedürftigkeit

Wie unter 4.1.1. bereits erwähnt, setzt die Grundsicherungsleistung im Alter Bedürftigkeit voraus. Nach § 19 Abs.2 SGB XII gelten Personen als bedürftig, wenn sie ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere aus ihrem Einkommen und Vermögen, bestreiten können. Zum notwendigen Lebensunterhalt gehört alles, was eine einzelne Person zum Leben benötigt, wie z.B. Lebensmittel, eine Wohnung und Kosten der Unterkunft aber auch Bekleidung, Hausrat und andere Dinge des täglichen Lebens.

Die Bedürftigkeitsprüfung findet in mehreren Schritten statt. Als erstes wird der Bedarf der Einzelperson festgestellt gem. § 42 SGB XII, dann wird geprüft, wie viel Einkommen und Vermögen vorhanden ist. Als dritter Schritt

wird beides miteinander verglichen. Ist der Bedarf größer als das vorhandene Einkommen, wird der Differenzbetrag als Grundsicherungsleistung ausbezahlt.

Grundsätzlich werden Einkommen und Vermögen auf die Grundsicherung angerechnet, da die Grundsicherungsleistung eine nachrangige Leistung ist gem. § 2 Abs.1 SGB XII. Laut § 82 SGB XII gehören alle Einkünfte in Geld zum Einkommen, wie z.B. Altersrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Geld, das bei der Antragsstellung bereits vorhanden ist, wie z.B. Sparguthaben, gilt als Vermögen.

4.1.4 Höhe der Regelleistungen (Bedarfssätze)

Der Grundsicherungsbedarf umfasst nach § 42 SGB XII

- den Regelsatz nach den Regelbedarfsstufen der Anlage zu § 28 SGB XII,
- zusätzliche Bedarfe nach §§ 30 ff SGB XII (Mehrbedarfe, einmalige Bedarfe und Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung),
- Bedarfe für Bildung und Teilhabe nach § 34 SGB XII,
- angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII und
- ergänzende Darlehen nach § 37 SGB XII.

Bei der Bedarfsermittlung gilt der Individualitätsgrundsatz, d.h. für jede Person ist ein individueller Bedarf zu ermitteln gem. § 9 Abs. 1 SGB XII.

Abbildung 5: Regelbedarfsstufen nach der Anlage zu § 28 SGB XII

gültig ab	Regelbedarfsstufe 1	Regelbedarfsstufe 2	Regelbedarfsstufe 3
1.Januar 2015	399 €	360 €	320 €
1.Januar 2016	404 €	364 €	324 €
1.Januar 2017	409 €	368 €	327 €

Quelle: Anlage zu § 28 SGB XII.

Regelbedarfsstufe 1: Alleinstehende oder alleinerziehende Leistungsbe-rechtigte.

Regelbedarfsstufe 2: Ehegatten oder Lebenspartner einer Bedarfsgemein-schaft.

Regelbedarfsstufe 3: sonstige erwerbsfähige Angehörige einer Bedarfsge-meinschaft.

Auf die Regelbedarfsstufen 4-6 wird nicht näher eingegangen.

Die Regelbedarfsstufen werden immer zum 1. Januar eines Jahres ange-passt.

4.1.5 Mehrbedarfe

In bestimmten Lebenslagen entstehen mehr Kosten, für die ein Mehrbedarf gezahlt wird nach § 30 SGB XII.

Unter bestimmte Lebenslagen zählen:

- Schwerbehinderte Menschen mit Merkzeichen G,
17 % der maßgebenden Regelbedarfsstufe.
- Schwangerschaft,
17 % der maßgebenden Regelbedarfsstufe.
- Alleinerziehung,
36 % oder 12 % der Regelbedarfsstufe.⁴⁹
- Behinderung,
35 % der maßgebenden Regelbedarfsstufe.
- Krankheitsbedingte kostenaufwändige Ernährung,
in angemessener Höhe.
- Bereitung von Warmwasser,
2,3 % der Regelbedarfsstufe 1-3.

⁴⁹ 36% der Regelbedarfsstufe 1 bei Zusammenleben mit einem Kind unter 7 oder zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren oder 12% der Regelbedarfsstufe 1, wenn die Voraussetzun-gen für 36 % nicht vorliegen.

4.1.6 Angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung

Leistungen für die Unterkunft werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind gem. § 35 SGB XII.

Zu den notwendigen Unterkunftskosten bei einer Mietwohnung gehören:

- Kaltmiete
- Nebenkosten
- Heizkosten
- evtl. Umzugskosten
- Renovierungskosten

Angemessene Kosten für die Miete bestimmt das jeweils zuständige Sozialamt. Jeder Stadt, Gemeinde oder Landkreis wird einer Mietstufe von 1-6 zugeordnet. Jedes Sozialamt muss eigene Richtwerte für Mietobergrenzen anhand der Höhe der tatsächlichen Mietkosten einer Stadt oder Gemeinde festlegen. In Städten, in denen es einen Mietpreisspiegel gibt, kann dieser als Maßstab benutzt werden.⁵⁰

Abbildung 6: Mietobergrenzen gem. § 12 Wohngeldgesetz

Mietenstufe in EURO →	1	2	3	4	5	6
Größe des Haushalts						
1 Person	312	351	390	434	482	522
2 Personen	378	425	473	526	584	633
3 Personen	450	506	563	626	695	753
4 Personen	525	591	656	730	811	879
5 Personen	600	675	750	834	927	1.004

⁵⁰ Vgl. Hesse/Wenzel, Was tun, wenn die Rente nicht reicht?, S. 18-19.

zusätzlich für jede wei- tere Person im Haushalt	71	81	91	101	111	126
---	----	----	----	-----	-----	-----

Quelle: § 12 Wohngeldgesetz.

Beispielsweise wurde der Stadt Ludwigsburg Mietstufe 5⁵¹ zugeordnet. Das bedeutet, dass für eine in der Stadt Ludwigsburg wohnhafte Einzelperson, die Mietobergrenze gem. § 12 Wohngeldgesetz bei 482 € liegt.

4.1.7 Legitimationsproblem der Grundsicherung im Alter

Eine Ursache des Legitimationsproblems der Grundsicherung im Alter ist, die vollständige Anrechnung von Einkommen aus privater, betrieblicher und gesetzlicher Altersvorsorge. Durch die Anrechnung wird der Auszahlungsbetrag geschmälert und somit der Anreiz begrenzt, selbst Vorsorge zu betreiben. Vor allem bei Geringverdienern, die damit rechnen, auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein, herrscht ein geringer Anreiz. Im Alter erhalten sie mit oder ohne zusätzliche Vorsorge denselben Auszahlungsbetrag durch die Anrechnung. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigten werden für den genannten Personenkreis auch immer unattraktiver, da sie die Rentenversicherungsbeiträge als unnötige Ausgaben ansehen.⁵²

Die Einführung eines Freibetrages, auf Grund dessen Einkommen aus einer Zusatzversorgung bis zu einem bestimmten Betrag auf die monatliche Grundsicherung nicht mehr angerechnet wird, könnte Abhilfe leisten.⁵³ Dies ist jedoch nicht Bestandteil dieser Arbeit.

⁵¹ Vgl. Mietstufen in Baden-Württemberg 2017, S. 6.

⁵² Vgl. Mandler, Änderungen an der Grundsicherung im Alter statt unsystematischer Rentenkonzepte, S.822-823.

⁵³ Vgl. Mandler, Änderungen an der Grundsicherung im Alter statt unsystematischer Rentenkonzepte, S.822-823.

4.2 Statistiken

4.2.1 Durchschnittliche Zahlbeträge für Grundsicherung im Alter

Der durchschnittliche Zahlbetrag von Grundsicherungsleistungen setzt sich aus dem Regelbedarf und den durchschnittlichen Kosten der Unterkunft zusammen. Während der Regelbedarf exakt bestimmt werden kann, muss bei den Kosten der Unterkunft mit Durchschnittswerten gerechnet werden, denn die anerkannten Kosten variieren erheblich nach Regionen und Bundesländern.⁵⁴

Der Regelbedarf für Regelbedarfsstufe 1 beträgt ab dem 01.01.2016 404 € und die durchschnittlich anerkannten Kosten für die Unterkunft zum 31.12.2015 331 €. ⁵⁵ Somit betrug die **durchschnittliche Grundsicherungsleistung für Alleinstehende im Jahr 2016 735 €** ohne Berücksichtigung von Mehrbedarfe und Anrechnung von Einkommen.

Hinzu kommen die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, die vom Grundsicherungsamt für den Versicherten übernommen werden gem. § 32 SGB XII.

1. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge 2016 insg.:
 $7,3 \% + 1,1 \%^{56} + 2,35 \%^{57} = 10,75 \%$
2. Ermittlung der fiktiven Grundsicherungsleistung (brutto):
 $735 / (1 - 0,1075) = 823,53 \text{ €}$
3. Höhe der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung:
 $823,53 \text{ €} \times 10,75 \% = 88,53 \text{ €}$, gerundet ca. 89 €
4. Grundsicherungsleistung für Alleinstehende 2016 (brutto):
 $735 \text{ €} + 89 \text{ €} = \mathbf{824 \text{ €}}$

⁵⁴ Vgl. Sozialpolitik aktuell, Durchschnittlicher Grundsicherungsbedarf, S. 3.

⁵⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Durchschnittlich anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, S. 1.

⁵⁶ Der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung beträgt 2016 1,1 %.

⁵⁷ Wenn keine Elterneigenschaft vorliegt, erhöht sich der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,25 %.

Die durchschnittliche Grundsicherungsleistung für Alleinstehende beträgt 2016 somit 824 € brutto und 735 € netto. Die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung werden vom Grundsicherungsamt an die Krankenkasse als Einzugsstelle überwiesen. Der Versicherte erhält einen Auszahlungsbetrag in Höhe von 735 €. Es handelt sich um eine vereinfachte Berechnung, um im Nachfolgenden mit einheitlichen Beträgen rechnen zu können.

Nun wurde der durchschnittliche Zahlbetrag für die Grundsicherung im Alter berechnet. Es wäre interessant zu wissen, wie viele Menschen Altersgrundsicherung beziehen und wie sich die Zahl der Empfänger entwickelte. Daher wird unter Punkt 4.2.2 die Inanspruchnahme von Grundsicherung im Alter dargelegt.

4.2.2 Inanspruchnahme von Grundsicherung im Alter

Abbildung 7: Inanspruchnahme von Altersgrundsicherung⁵⁸

Jahr⁵⁹	Bezieher von Altersgrundsicherung
2005	342.855
2010	412.081
2013	497.433
2015	535.924

Quelle: Sozialpolitik aktuell, Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003-2015.

Seit der Eingliederung in das Zwölfte Sozialgesetzbuch im Jahr 2005 steigt die Anzahl der Bezieher von Altersgrundsicherung kontinuierlich. Im Jahr 2005 bezogen 342.855 Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter - im Vergleich zu 2015 sind es 535.924. Somit handelt es sich um eine Differenz von 193.069 Leistungsbeziehern innerhalb von 10 Jahren, Tendenz

⁵⁸ Berücksichtigt wurden Bezieher, die die Regelaltersgrenze erreicht haben und älter.

⁵⁹ Jeweils am Jahresende (31.12.).

steigend. Die Zahlen verdeutlichen, dass immer weniger Menschen allein von der gesetzlichen Rente leben können. Vergleicht man die Grundsicherungsempfänger mit der jeweiligen Gesamtbevölkerung erhält man die Grundsicherungsquote. Im Jahr 2015 betrug die Grundsicherungsquote 3,0 %, d.h. 3,0 % aller Menschen erhielten Leistungen der Grundsicherung im Alter. Die Grundsicherungsquote ist zwar noch recht niedrig, wird allerdings in den kommenden Jahren steigen. Ursächlich ist vor allem die Senkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung.

4.2.3 Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung im Alter

Über die Nichtinanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen, trotz vorliegender Bedürftigkeit nach dem SGB XII, gibt es keine amtlichen Statistiken.

Die Verteilungsforscherin Irene Becker hat auf Grund von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2007 verdeckte Armut untersucht. Verdeckte Armut bedeutet die Nichtinanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen. Aus den Zahlen der repräsentativen Befragung ergibt sich, dass von gut einer Million Menschen ab 65 Jahren, denen damals Grundsicherung zustand, nur 340.000 Personen tatsächlich Leistungen bezogen. Das heißt, dass von allen Personen, die Anspruch auf Grundsicherungsleistungen hätten, 734.000 die Leistungen nicht in Anspruch nahmen. Dies entspricht einer Quote von 68%.

Frau Becker ist sich sicher, dass dieses Ergebnis die Realität gut widerspiegelt. Falls Verzerrungen vorliegen, würde die verdeckte Armut eher unterschätzt werden, da Menschen häufig vor der Teilnahme an Befragungen absehen und Personen mit Grundsicherungsansprüchen von unter 30 € im Monat nicht berücksichtigt wurden.⁶⁰

⁶⁰ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, Studie: Grundsicherung erreicht viele arme Senioren nicht, S. 1.

4.2.4 Ursachen für die Nichtinanspruchnahme

Die Nichtinanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen im Alter trotz Bedürftigkeit kann mehrere Ursachen haben.

Die Hauptursache liegt vermutlich darin, dass durch die Anrechnung von Einkommen nur ein sehr geringer Differenzbetrag übrigbleibt. In Abwägung zwischen dem Aufwand und dem geringen Auszahlungsbetrag entscheiden sich viele gegen eine Antragstellung.⁶¹ Vor allem müssen die gesamten Vermögensverhältnisse dargelegt werden, z.B. Kontoauszüge und Sparbücher.

Grundsicherungsleistungen werden grundsätzlich für einen Zeitraum von 12 Kalendermonaten gewährt. Danach ist ein Überprüfungsantrag notwendig, mit Kontoauszügen der letzten drei Monate. Dieser Aufwand ist vielen älteren Menschen zu anstrengend.

Eine andere Ursache liegt vermutlich darin, dass viele ältere Menschen Angst vor Behörden und vor sozialer Kontrolle haben, weil sie auf Grund zu hoher Kosten für ihre Wohnung befürchten zu einem Wohnungswechsel gezwungen zu werden. Gefühle von Scham und Minderwertigkeit spielen dabei auch eine große Rolle. Sie schämen sich vor ihren Verwandten und Freunden für den Bezug von Grundsicherungsleistungen.⁶²

Die Nichtinanspruchnahme aufgrund fehlender Kenntnis, dürfte immer seltener vorkommen, da die Träger der Rentenversicherung Personen, die die Regelaltersgrenze erreicht haben, über die Leistungsvoraussetzungen der Grundsicherung im Alter beraten und informieren müssen. Liegt eine Rente unter dem 27fachen des aktuellen Rentenwertes, ist dem Rentenbescheid ein Antragsformular beigelegt.⁶³ Das 27fache des aktuellen Rentenwertes beträgt momentan 822,15 €. ⁶⁴ Daher müssten zumindest Rentenbezieher Kenntnis über einen möglichen Anspruch haben.

⁶¹ Vgl. Irene Becker, Die Grundsicherung: Seit 2003 das unterste Auffangnetz im Alter und bei Invalidität, in DRV Zeitschriften Heft 02/2013, S.131.

⁶² Vgl. Irene Becker, Die Grundsicherung: Seit 2003 das unterste Auffangnetz im Alter und bei Invalidität, in DRV Zeitschriften Heft 02/2013, S.132.

⁶³ Vgl. § 109a SGB VI, Hilfen in Angelegenheiten der Grundsicherung.

⁶⁴ Der aktuelle Rentenwert West beträgt seit 01.07.2016 30,45 € gem. § 68 SGB VI i.V.m. Tabelle IX, Anhang 4/11 der Sozialversicherungswerte.

4.3 Zusammenhang zwischen gesetzlicher Rente und Grundsicherung im Alter

Die gesetzliche Rente und die Grundsicherungsleistung hängen eng miteinander zusammen, denn falls die Rente zum Leben nicht ausreicht, wird sie durch die Grundsicherung aufgestockt. Daher haben die Rentenreformen erhebliche Auswirkungen auf die Grundsicherung. Sinkt das Rentenniveau, fällt der Rentenzahlbetrag niedriger aus, da Beitragszeiten bei der Rentenberechnung geringer bewertet werden und der Aufstockungsbetrag der Grundsicherung fällt dementsprechend höher aus.

Das Grundsicherungsniveau steigt derzeit stärker als das Rentenniveau in den alten Bundesländern.⁶⁵ Das liegt an den eingebauten Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel.

Die Rentenanpassung erfolgt jährlich zum 01.07. durch die Rentenanpassungsformel. Diese ist festgeschrieben und orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolöhne aus dem vergangenen Jahr in Deutschland. Zusätzlich wurden Dämpfungsfaktoren, wie z.B. der Riesterfaktor und der Nachhaltigkeitsfaktor eingebaut.⁶⁶ Die Regelsätze der Grundsicherung werden jährlich überprüft und zum 01.01. eines Jahres anhand der Preis- und Entgeltentwicklung fortgeschrieben.

Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der gesetzlichen Altersrenten in Deutschland betrug am 31.12.2015 insgesamt 810 €. Die durchschnittliche Grundsicherungsleistung 2016 betrug 735 €. Daran ist erkennbar, dass die gesetzliche Altersrente das Grundsicherungsniveau häufig nicht erreicht. Vor allem wurden bei der Berechnung der Grundsicherung Mehrbedarfe nicht berücksichtigt.

Nun stellt sich die Frage, wie viele Beitragsjahre benötigt werden, um eine Bruttorente in Höhe des Grundsicherungsniveaus von 824 € zu erhalten.

⁶⁵ Vgl. Eggen, Zum Verhältnis von gesetzlicher Rente und Grundsicherung, S.10.

⁶⁶ Vgl. Deutsche Rentenversicherung, Rentenanpassung 2014, S. 1.

Berechnet werden die Beitragsjahre, die für eine Bruttorente in Höhe des Grundsicherungsniveaus erforderlich sind, indem das Grundsicherungsniveau brutto von 824 € durch das Ergebnis aus aktueller Rentenwert⁶⁷ multipliziert mit der Entgeltposition, geteilt wird.

Abbildung 8: Überschneidung von Grundsicherungsbedarf und Bruttorente⁶⁸ nach Entgeltposition und Beitragsjahren

Entgeltposition ⁶⁹	Nettorentenniveau vor Steuern 2016	Zahl der erforderlichen Beitragsjahre
100%	48%	27,1
70%	48%	38,7
50%	48%	54,1

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Tabelle zeigt auf, dass bei einem Durchschnittsverdienst im Jahr 2016 27,1 Beitragsjahre erforderlich sind, um eine Bruttorente in Höhe des Grundsicherungsniveaus zu erhalten. Verdient eine Person die Hälfte des Durchschnittsverdiensts also 50 %, werden 54,1 Beitragsjahre benötigt, um auf eine Bruttorente von 824 € zu kommen. 54 Beitragsjahre zu erreichen ist unwahrscheinlich. Die Berechnungen verdeutlichen, dass Versicherte immer mehr Beitragsjahre oder einen überdurchschnittlichen Verdienst aufbringen müssen, um eine hohe Rente zu erhalten. Vor allem durch die Absenkung des Rentenniveaus werden im Zeitverlauf immer mehr Beitragsjahre erforderlich sein.

⁶⁷ Der aktuelle Rentenwert beträgt seit dem 01.07.2016 in den alten Bundesländern 30,45 € gem. § 68 SGB VI i.V.m. Tabelle VII der Sozialversicherungswerte, Anhang 4/11.

⁶⁸ Es wird von einem Zugangsfaktor und einem Rentenartfaktor von jeweils 1,0 für Renten wegen Alters ausgegangen.

⁶⁹ Maßgebend ist das vorläufige Durchschnittsentgelt 2016 in Höhe von 36.267 € gem. Anlage 1 zum SGB VI.

Interessant ist, wie viele Versicherungsjahre und Entgeltpunkte durchschnittlich einer Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland zugrunde liegen.

Abbildung 9: Durchschnittliche Versicherungsjahre und Entgeltpunkte einer Altersrente in Deutschland

Rentenzugang 2015	Durchschnittliche Versicherungs- jahre	Durchschnittliche Entgeltpunkte pro Jahr	Durchschnittliche Entgeltpunkte insg.
Männer und Frauen	37,2	0,8650	32,1780
Männer	42,1	0,9950	41,8895
Frauen	32,8	0,7500	24,6000

Quelle: DRV Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, 2016, S. 131 ff.

Laut der Tabelle haben Versicherte insgesamt im Durchschnitt 37,2 Versicherungsjahre und erlangen pro Jahr 0,8650 EP. Das bedeutet, dass einer Altersrente mit 37,2 Versicherungsjahren durchschnittlich 32,1780 EP zugrunde liegt. Nach den obigen Berechnungen benötigt ein Versicherter einen Durchschnittsverdienst von mind. 27,1 Beitragsjahre im Jahr 2016, um eine Rente in Höhe des Grundsicherungsniveaus zu erhalten. Wenn man nun die durchschnittlichen Versicherungsjahre und Entgeltpunkte im Jahr 2015 betrachtet wird deutlich, dass es momentan zwar ca. 10 Versicherungsjahre mehr sind, aber in den Versicherungsjahren sind alle rentenrechtlichen Zeiten enthalten und in den Beitragsjahren nur reine Beiträge. Viele Versicherte kommen nicht auf 27,1 Jahre durch reine Beitragszeiten, vor allem Frauen sind hiervon betroffen. Zudem erhalten sie durchschnittlich 0,8650 EP pro Jahr. Bei einem Durchschnittsverdienst im Jahr erhält ein Versicherter 1,0 EP.

5 Ergebnis der Forschungsfrage

Nachdem beide Systeme vorgestellt und erläutert wurden, kann nun die Forschungsfrage beantwortet werden, ob das Fürsorgeprinzip der Grundsicherung in das System der gesetzlichen Rentenversicherung integriert werden kann. Wie unter Punkt 4.3 bereits erwähnt, sind beide Systeme eng miteinander verbunden. Liegt die Rente unter dem 27fachen des aktuellen Rentenwertes, wird sie auf Antrag durch das Sozialamt aufgestockt. Rentenreformen haben dabei erhebliche Auswirkung auf die Grundsicherung. Durch bspw. der Absenkung des Rentenniveaus fällt der Rentenzahlbetrag geringer aus und die Grundsicherungsleistung dementsprechend höher aus. Natürlich ist es auch umgekehrt möglich. Steigt z.B. der aktuelle Rentenwert, steigt der Rentenzahlbetrag und die Grundsicherungsleistung sinkt. Die beiden Leistungen stehen also im Gleichgewicht. Durch den engen Zusammenhang wäre eine Integration grundsätzlich möglich. Vor allem kommt es dadurch kaum mehr zu verdeckter Altersarmut, da von Amts wegen geprüft wird, ob grundsätzlich ein Anspruch auf aufstockende Grundsicherung besteht.

Auch rechtlich wäre die Integration grundsätzlich möglich. Das Sozialstaatsprinzip der BRD ist im Grundgesetz in den Art. 20 und Art. 28 geregelt. Es wurde nur festgelegt, dass eine menschenwürdige Existenz nach Art. 1 Abs. 1 GG für alle Bürger gesichert werden muss, aber nicht in welcher Art und Weise. Das bedeutet, dass die Ausgestaltung des Sozialstaates dem Gesetzgeber überlassen wurde.⁷⁰ Daher könnte er grundsätzlich das Fürsorgeprinzip in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren.

Eine große Hürde stellt jedoch das Äquivalenzprinzip dar. Es hat einen konstitutiven Charakter und soll als Grundprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten bleiben. Bei einer Abkehr würde sich das bestehende System radikal ändern. Daher wurde bei der Einführung der Grundsicherung zum 01.01.2003 und bei der Einordnung zum 01.01.2005 in das

⁷⁰ Vgl. Anwalt24, Lexikon, Sozialstaat, S. 1.

Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch das Fürsorgeprinzip nicht integriert, sondern eigenständig geregelt. Das Äquivalenzprinzip kann aber auch negative Folgen für die Versicherten haben. Vor allem, wenn Versicherte trotz langjähriger Beitragszahlung einen Rentenanspruch oberhalb des Grundsicherungsniveaus nur knapp oder nicht erreichen. Wie unter Punkt 3.1.4 erläutert, führt es zudem immer mehr zu einem Legitimationsproblem der gesetzlichen Rentenversicherung. Da die negativen Seiten des Äquivalenzprinzips in Zukunft immer ausgeprägter werden, ist es an der Zeit etwas zu ändern. Durch den sozialen Ausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung wurde bereits ein Teil des Fürsorgeprinzips integriert und somit das Grundprinzip zum Teil durchbrochen. Bei der Einführung einer Mindestrente würde der Bereich des sozialen Ausgleichs vergrößert werden, dennoch würde das Äquivalenzprinzip zum Teil noch bestehen bleiben. Die aktuellen Politiker sehen dies ähnlich und werben mit verschiedenen Mindestrentenmodellen. Diese sollten jedoch mit Vorsicht betrachtet werden, da dieses Jahr die Bundestagswahl stattfindet und die Rente gerne als Wahlkampfthema missbraucht wird.

Es gibt/gab aber auch Kritiker, die gegen die Integration sind/waren, wie z.B. Wilfrid Schreiber⁷¹. Er strebte ein Rentenversicherungssystem an, das sich selbst trägt. „Es ist [...] sinnlos, dem Steuerzahler zunächst Einkommensteile in Form von Steuern abzunehmen und sie ihm dann mit der Geste des Wohltäters zurückzugeben. Machen wir Schluss mit diesem Gaukelspiel [...]!“⁷²

Dieser Gedanke wurde ignoriert und es wurden von Jahr zu Jahr immer mehr Bundeszuschüsse in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Heute wäre die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ohne Bundeszuschüsse unmöglich.

⁷¹ Er war ein deutscher Wirtschaftstheoretiker und gilt als „Vater der dynamischen Rente“.

⁷² Grand Tourisme – Worldwide, Alterssicherung. Eine Herzensangelegenheit, S. 1.

Auch Dr. Kaltenstein⁷³ ist gegen die Einführung einer „bedürftigkeitsorientierten Grundsicherungsrente“ im Rahmen des vorleistungsbezogenen Systems der gesetzlichen Rentenversicherung. „Ein solches Mischgebilde aus Versicherungs- und Fürsorgeleistung führe zu gleichheitswidrigen Systembrüchen. Zudem setzten derartige „Mindestrentenmodelle“ nicht auf Erträge durch versicherte Arbeit und auf die damit verbundene Altersvorsorge durch Versicherung“.⁷⁴ Durch den sozialen Ausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung wurde das System zum Teil schon durchbrochen. Außerdem würde bei der Einführung einer Mindestrente das Äquivalenzprinzip zum Teil bestehen bleiben, da zuerst eine Rente aus Beiträgen errechnet wird und danach evtl. aufgestockt wird.

Da das Fürsorgeprinzip der Grundsicherung in das System der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich integriert werden kann, werden im nächsten Kapitel Möglichkeiten erörtert, wie das Fürsorgeprinzip integriert werden kann.

⁷³ Richter am Bundessozialgericht.

⁷⁴ Schmidt, Wohin steuert die Altersvorsorge?, S. 3.

6 Möglichkeiten zur Integration

Um die zukünftige Absicherung von Geringverdienern gegen Altersarmut zu stärken und den Bezug von Grundsicherungsleistungen zu vermeiden, muss sich die Politik Gedanken machen, wie dies innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen soll. Vor allem, weil die gesetzliche Rentenversicherung ein bewährtes System mit hoher Akzeptanz ist. Durch die starke Betonung des Äquivalenzprinzips im deutschen Alterssicherungssystem, gibt es bisher keine Mindestrenten, sondern als letztes Auffangnetz nur die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter. Die Politik möchte zwar die Vorleistungsbezogenheit durch eine relativ enge Beitrags-Leistungs-Beziehung in der gesetzlichen Rentenversicherung beibehalten, dies gerät jedoch in Konflikt mit der eingeleiteten Rentenniveausenkung.⁷⁵

Ziel der Integration des Fürsorgeprinzips in die gesetzliche Rentenversicherung ist es, Altersarmut und den Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter zu vermeiden.

Es wird grundsätzlich zwischen systemändernden und systemmodifizierenden Reformvorschlägen unterschieden. Dabei zielen systemändernde Vorschläge auf eine Umgestaltung des gesamten Alterssicherungssystems in Deutschland ab, während systemmodifizierende Reformvorschläge Korrekturen am bestehenden Alterssicherungssystem vorsehen.⁷⁶

Bei der Integration des Fürsorgeprinzips in die gesetzliche Rentenversicherung handelt es sich um systemmodifizierende Vorschläge im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Möglichkeiten werden im Folgenden näher betrachtet und kritisch bewertet. Auf die Finanzierung wird nicht eingegangen.

⁷⁵ Vgl. Winfried Schmähl, Warum ein Abschied von der „neuen deutschen Alterssicherungs-politik“ notwendig ist, S. 19.

⁷⁶ Vgl. Hauser, Bekämpfung von Altersarmut: Das 30-30-Modell im Vergleich zu anderen aktuellen Vorschlägen, S.426.

6.1 Mindestrente

Bei einer Mindestrente handelt es sich um ein „steuerfinanziertes Grundsicherungsmodell“⁷⁷. Unterschreitet die gesetzliche Rente das Grundsicherungsniveau, wird sie mit Steuermitteln aufgestockt. Die eigene Rente stellt dabei eine Basisabsicherung dar und die Mindestrente eine ergänzende steuerfinanzierte Zusatzleistung.

Durch die Einführung einer Mindestrente könnte die verdeckte Armut bekämpft werden: sobald die Rente das Grundsicherungsniveau unterschreitet, würde sie von Amts wegen aufgestockt werden. Folglich könnte die Zahl der Behördengänge minimiert werden, da Versicherte keinen Antrag auf Grundsicherung im Alter mehr stellen müssten.

Es gibt einige Modelle/Vorschläge von Parteien und Akteure zu einer Mindestrente, die im Folgenden vorgestellt werden.

6.1.1 Die Garantierente

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen fordern eine sogenannte Garantierente, die in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden soll. Ziel dieser Rente ist es nicht nur, Altersarmut zu vermeiden, sondern auch den Bezug von Grundsicherung im Alter. Außerdem soll das Ansehen der Rentenversicherung wieder gestärkt werden.

Versicherte, die mindestens 30 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten aufweisen, sollen 30 Entgeltpunkte erhalten. Der Rentenversicherungsträger soll die Rente also so aufstocken, dass ihr 30 Entgeltpunkte zugrunde liegen. Die Garantierente soll zunächst nur für Neurentner ausgezahlt werden.

Einzige Voraussetzung für die Garantierente sind mindestens 30 Jahre rentenrechtlichen Zeiten. Nach § 54 Abs. 1 Nr. 1-3 SGB VI zählen zu den ren-

⁷⁷ Strengmann-Kuhn, Grundrente und Grundsicherung im Alter - Ziele, Modelle und offene Fragen, S. 101.

tenrechtlichen Zeiten Beitragszeiten, beitragsfreie Zeiten und Berücksichtigungszeiten wegen Pflege und Kindererziehung. Bei der Anrechnung von Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung gibt es jedoch Einschränkungen. Sie sollen nur für Geburten vor dem Eintreten des Rechtsanspruchs auf eine U3-Kinderbetreuung berücksichtigt werden.

Der Rentenversicherungsträger soll auf Antrag alle sonstigen Alterseinkünfte überprüfen, da es eine Einkommensanrechnung geben wird. Es werden alle zusätzlichen Renten aus der ersten, zweiten und dritten Säule angerechnet. Jedoch bleibt dem Versicherten ein Selbstbehalt von 20 % aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Das vorhandene Vermögen bleibt dabei unbeachtet. Folglich würden weitere Alterseinkünfte aus der ersten Säule, wie z.B. die Beamtenversorgung voll angerechnet werden.⁷⁸

Die Garantierente würde einen großen Personenkreis einschließen, da die meisten Versicherten auf 30 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten kommen. Wie unter 4.3 Abbildung 9 dargestellt, haben Versicherte im Durchschnitt 32,7 Versicherungsjahre zurückgelegt. Beispielsweise durch die Anrechnung von Arbeitslosengeld II-Zeiten vergrößert sich der anspruchsberechtigte Personenkreis. Lediglich Selbständige ohne Beitragszahlung würden nicht von der Garantierente profitieren. Vor allem aber sollen Frauen von dieser Rente profitieren. Fraglich ist, ob Frauen die Voraussetzung von 30 Versicherungsjahren erfüllen können. Es sollen nämlich nur Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung bei Geburten vor dem Eintreten des Rechtsanspruchs auf eine U3-Kinderbetreuung berücksichtigt werden. Seit dem 01.08.2013 besteht ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für unter 3-Jährige Kinder.⁷⁹ D.h. für Geburten ab 01.08.2013 werden Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung nicht mehr angerechnet - dies macht 10 Jahre rentenrechtliche Zeit aus.

⁷⁸ Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13493 vom 15.05.2013.

⁷⁹ Vgl. Kita, Kinderbetreuung, Rechte und Pflichten, Anspruch auf einen Betreuungsplatz, S. 1-2.

Eine Altersrente aus 30 Entgeltpunkten beträgt momentan 913,50 € brutto - folglich würden Versicherte ohne zusätzliche Alterseinkünfte durch die Garantierente eine Bruttorente von 913,50 € erhalten. Verglichen mit dem momentanen Grundsicherungsniveau i.H.v. 824 € brutto wäre die Rente um 89,50 € höher. Versicherte, die die Voraussetzungen für die Rente erfüllen, wären daher nicht auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Jedoch sind bei dem Grundsicherungsniveau keine Mehrbedarfe und Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung berücksichtigt.

Das Ziel der Garantierente, Altersarmut und Bezug von Grundsicherungsleistungen zu vermeiden, wäre für den anspruchsberechtigten Personenkreis erfüllt. Der Anreiz, zusätzlich privat und betrieblich vorzusorgen, geht aber eher zurück, da 80 % davon angerechnet werden. Der Zahlbetrag der Rente würde sich folglich nur um 20 % aus der zusätzlichen Altersvorsorge erhöhen.

6.1.2 Die gesetzliche Solidarrente

Die gesetzliche Solidarrente löst die im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarte solidarische Lebensleistungsrente ab. Die Zugangsvoraussetzungen wurden vereinfacht, um einen größeren Personenkreis miteinzuschließen. Bis wann sie in Kraft treten soll, steht noch nicht fest.

Das Alterseinkommen muss die Lebensleistung widerspiegeln, dies soll mit Hilfe der gesetzlichen Solidarrente erfolgen. Ziel ist auch hier, Altersarmut und den Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter zu vermeiden.

Die Solidarrente soll greifen, wenn trotz langjähriger Beschäftigung eine Rente unter dem Grundsicherungsniveau droht, indem sie ein Alterseinkommen in Höhe von 10 % über dem regionalen durchschnittlichen Bruttobedarf bei der Grundsicherung im Alter gewährleistet. Dadurch würden Rentner in Ballungsgebieten mit höheren Unterkunftskosten nicht benachteiligt werden.

Voraussetzung für die gesetzliche Solidarrente sind mindestens 35 Jahre mit Beitragszeiten. Nach § 55 Abs. 1 SGB VI zählen zu den Beitragszeiten Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge. Zusätzlich werden Berücksichtigungszeiten wegen Erziehung und Pflege, sowie Zeiten kurzer Arbeitslosigkeit angerechnet. Genauere Angaben zur Anrechnung von rentenrechtlichen Zeiten, z.B. welche Zeiten der Arbeitslosigkeit angerechnet werden und was unter „kurze“ Arbeitslosigkeit verstanden wird, werden nicht definiert. Sinnvoll wäre es, Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Entrichtung von Beiträgen auf Grund Versicherungspflicht zur Rentenversicherung anzurechnen, da grundsätzlich 35 Jahre mit Beitragszeiten gefordert werden. Außerdem sollen Personen mit langjähriger Beschäftigung von der Regelung profitieren und nicht Personen, die mittels Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit die 35 Jahre erfüllen. Ab dem Jahr 2023 werden 40 Jahre Beitrags- und Berücksichtigungszeiten anstelle von 35 Jahren gefordert.

Außerdem soll der Anspruch auf Solidarrente mittelfristig an eine Mindestzahl an Entgeltpunkten, sowie an die geleistete Wochenarbeitszeit gekoppelt werden. Die Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles schlägt vor, dass der Arbeitgeber in Zukunft dem Rentenversicherungsträger die Wochenarbeitszeit meldet, um zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung unterscheiden zu können. Dies hätte jedoch zur Folge, dass vor allem Frauen, die wegen der Kinderbetreuung nur teilzeitbeschäftigt waren, keinen Anspruch auf Solidarrente hätten.

Zudem soll eine Einkommensanrechnung unter Berücksichtigung von Freibeträgen für zusätzliche Altersvorsorge oder Nebentätigkeiten durch den Rentenversicherungsträger erfolgen. Der Freibetrag soll bei einem Partner-einkommen max. das 1,5fache der Pfändungsgrenze (derzeit etwa 1600 € monatlich) betragen. Dabei soll nur eine vereinfachte Einkommensprüfung und keine jährliche Bedürftigkeitsprüfung wie bei der Grundsicherung vorgenommen werden. Das heißt, dass zu Beginn der Solidarrente einmalig das anzurechnende Einkommen festgestellt wird und dann für die gesamte

Bezugszeit gilt, sofern es keine erheblichen Einkommensveränderungen gibt. Dadurch ist die Einkommensanrechnung vom Rentenversicherungsträger leichter durchzuführen und mehr Versicherte profitieren von der Regelung.⁸⁰

Wie groß der profitierende Personenkreis sein wird, steht nicht genau fest. Die Solidarrente soll aber vor allem eine Anerkennung für die Lebensleistung von Geringverdienern sein, da selbst ein Gehalt auf Mindestlohniveau über 45 Jahre nur knapp für eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus ausreicht. Die Voraussetzung von 35 Beitragsjahren dürfte für Männer kein Problem darstellen, da sie durchschnittlich 42,1 Versicherungsjahre aufweisen. Bei Frauen wird es problematischer, da sie im Durchschnitt auf 32,8 Versicherungsjahre kommen.⁸¹ Vorteilhaft gegenüber der Garantierente ist, dass Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung angerechnet werden sollen. Dies kommt vor allem Frauen zugute. Wenn ab dem Jahr 2023 40 Beitragsjahre gefordert werden, haben kaum Versicherte mehr Anspruch auf diese Rente, da sie entweder die geforderten Beitragsjahre nicht erreichen oder eine Rente weit oberhalb des Grundsicherungsniveaus erhalten. Auch hier würden Selbständige ohne Beitragszahlung und Langzeitarbeitslose nicht von der gesetzlichen Solidarrente profitieren.

Die Aufwertung der Rente erfolgt, wenn das Alterseinkommen eines Beschäftigten geringer als 10 % des durchschnittlichen regionalen Grundsicherungsbedarfs ist. Nimmt man das durchschnittliche Grundsicherungsniveau in Höhe von 735 € als Rechengrundlage, würde durch die Solidarrente eine Rentenhöhe von 808,50 € gewährleistet werden. Das bedeutet, dass die eigene Rente durch die Solidarrente auf einen Wert von 808,50 € aufgestockt werden würde, falls sie unter diesem Betrag liegt. Dadurch ist gewährleistet, dass die Rente nicht unter das Grundsicherungsniveau gelan-

⁸⁰ Vgl. BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, Die Broschüre, S.46-48.

⁸¹ Vgl. Abbildung 9: Durchschnittliche Versicherungsjahre und Entgeltpunkte einer Altersrente in Deutschland, S. 31 dieser Arbeit.

gen kann und sie wird jährlich mit der Regelsatzänderung der Grundsicherung angepasst. Somit müssten Versicherte auch keinen Antrag auf Grundsicherungsleistungen mehr stellen, sondern lediglich einen Rentenanspruch.

Das Ziel, langjährige Geringverdiener eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu gewähren, würde durch die gesetzliche Solidarrente erfüllt werden. Die Anspruchsvoraussetzungen können von der Mehrzahl der Versicherten erfüllt werden und es sollen auch nur langjährig Beschäftigte besonders entlohnt werden. Ab 2023 ist die Hürde mit 40 Beitragsjahren zu hoch angesetzt und nur wenige Personen werden noch von der aufstockenden Rente profitieren. Ganz kann der Grundsicherungsbezug somit nicht vermieden werden und damit Altersarmut nicht bekämpft werden.

6.2 Fortführung der Rente nach Mindestentgeltpunkte

Die Regelung der Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsentgelt (sog. Rente nach Mindestentgeltpunkten) wurde mit dem Rentenreformgesetz 1992 eingeführt und löste die Rente nach Mindesteinkommen ab.⁸² Ziel war es für bestimmte Personengruppen, wie Geringverdiener und Frauen, einen Ausgleich zu schaffen, da sie in der Regel weniger verdienten als die übrigen Versicherten.

Nach § 262 Abs. 1 SGB VI müssen mindestens 35 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten vorhanden sein und ergibt sich aus den Kalendermonaten mit vollwertigen Pflichtbeiträgen ein Durchschnittswert von weniger als 0,0625 Entgeltpunkten, wird die Summe der Entgeltpunkte für vollwertige Pflichtbeiträge vor 1992 um das 1,5-fache erhöht, höchstens auf monatlich 0,0625 Entgeltpunkte (0,75 Entgeltpunkte pro Jahr). Die Anhebung bewirkt, dass langjährig Versicherte, insbesondere Frauen mit geringem Verdienst, eine höhere Rente erhalten.

⁸² Vgl. Hauser, Bekämpfung von Altersarmut: Das 30-30-Modell im Vergleich zu anderen aktuellen Vorschlägen, S.431-432.

Die zunehmende Bedeutung von Geringverdienern veranlasst verschiedene Akteure, wie Gewerkschaften, Sozialverbände und Parteien, die Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten zu fordern. Es ergeben sich jedoch Unterschiede hinsichtlich einzelner Forderungsdetails. Einige Sozialverbände und die SPD fordern eine Verlängerung der gegenwärtigen Regelung, da sie die Hoffnung haben, dass durch den gesetzlichen Mindestlohn die Fortführung der Mindestentgeltpunkte zukünftig entbehrlich werden könnte. Demgegenüber fordern Volkssolidarität, die Linke und der DGB eine Entfristung der Regelung und zudem eine Senkung der Zugangsvoraussetzungen, z.B., dass anstatt einer Wartezeit von 35 Jahren mit rentenrechtlichen Zeiten nur noch 25 Jahre erforderlich sind.⁸³ Auch die Gewerkschaft ver.di ist für die „Wiedereinführung der Rente nach Mindestentgeltpunkten“⁸⁴. Sie sei geschlechtsneutral und schafft einen Anreiz zur Eingehung versicherungspflichtiger Beschäftigungen.⁸⁵ Außerdem wäre es sofort umsetzbar und würde nicht nur für Neurentner gelten.

Es gibt aber auch Kritik an der Fortführung von Mindestentgeltpunkten bei geringem Arbeitsentgelt. Zum einen würde diese Regelung das Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung durchbrechen, da die Rente im Alter nicht nur aus Beiträgen finanziert werden würde. Es würde sich dann um das Prinzip des sozialen Ausgleichs handeln. Geringe Rentenansprüche würden ohne eigene Beitragsleistung erhöht. Ein Versicherter, der immer 75 % des Durchschnittsverdiensts verdiente und davon Beiträge entrichtete, bekommt nicht mehr Rente als ein Versicherter, der immer 50 % des Durchschnittsverdiensts verdiente und dadurch entsprechend weniger Beiträge zahlte.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass geringe Rentenanswartschaften nicht zwingend einem niedrigen Alterseinkommen entsprechen. Bei der Regelung wird ausschließlich die Rentenhöhe eines Versicherten berücksichtigt. Versicherte, überwiegend Frauen, sind durch die Alterseinkünfte des Mannes

⁸³ Vgl. Sozialpolitik aktuell, Niedriglohn und Rente, S.14.

⁸⁴ Schmidt, Wohin steuert die Altersvorsorge?, S. 2.

⁸⁵ Vgl. Schmidt, Wohin steuert die Altersvorsorge?, S. 2.

oft nicht von Armut bedroht und die Erhöhung der Rente durch Mindestentgeltpunkte wäre nicht erforderlich.⁸⁶

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf, wie viele Mindestentgeltpunkte durchschnittlich bei der Rentenberechnung für Renten wegen Alters berücksichtigt werden.

Abbildung 10: Durchschnittlich berücksichtigte Mindestentgeltpunkte bei Renten wegen Alters

Rentenzugang 2015	Durchschnittliche Mindestentgeltpunkte	Durchschnittliche Rentensteigerung⁸⁷
Männer und Frauen	0,2589	7,88 €
Männer	0,1319	4,02 €
Frauen	0,3713	11,31 €

Quelle: DRV Bund, Statistikband Rente, 2015, S.24ff.

Durchschnittlich werden 0,2589 Mindestentgeltpunkte bei einer Rente wegen Alters berücksichtigt. Bei Frauen werden durchschnittlich 0,3713 Mindestentgeltpunkte bei der Rentenberechnung berücksichtigt und bei Männern 0,1319, dies macht eine Differenz von 0,2394 Entgeltpunkten aus. Daran ist erkennbar, dass vor allem Frauen die Regelung der Mindestentgeltpunkte zugutekommt. Für eine Rentensteigerung machen die Mindestentgeltpunkte jedoch nicht genug aus, um Altersarmut zu vermeiden. Es handelt sich lediglich um eine Rentensteigerung von durchschnittlich 7,88 €. Würde die Begrenzung für Pflichtbeiträge vor 1992 aufgehoben werden, würde es zu einer höheren Rentensteigerung kommen, wäre jedoch nicht ausreichend, um Altersarmut zu vermeiden.

⁸⁶ Vgl. Hauser, Bekämpfung von Altersarmut: Das 30-30-Modell im Vergleich zu anderen aktuellen Vorschlägen, S.431-432.

⁸⁷ Der aktuelle Rentenwert beträgt 30,45 € (West).

6.3 Rente nach Mindestversicherungszeiten

Der Armutsforscher Professor Richard Hauser entwickelte ein Modell, mit welchem er niedrige Renten aufstocken will, das sog. 30-30-Modell. Er möchte mit dieser Regelung garantieren, dass langjährig Versicherte ausreichend hohe Rente erhalten, um die Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter unnötig zu machen. Wie bei der Rente nach Mindestentgeltpunkten wird das Prinzip der Teilhabeäquivalenz zum Teil durch das Prinzip des sozialen Ausgleichs ergänzt.

Die Rente nach Mindestversicherungszeiten soll durch die gesetzliche Rentenversicherung gewährt werden. Die Regelung sieht eine unterschiedliche Aufstockung der eigenen Rente auf ein armutsfestes Niveau vor. Es soll für Neurentner und Bestandsrentner eingeführt werden.

Voraussetzungen für die Rente nach Mindestversicherungszeiten sind:

1. Der Versicherte muss bei Erreichen der Regelaltersgrenze mindestens 30 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt haben oder andere rentenrechtliche Zeiten vorweisen,
2. die Summe der Entgeltpunkte muss unter 30 liegen,
3. auch unter Hinzurechnung zusätzlicher eigener Renten und Hinterbliebenenrenten darf keine Gesamtrente entstehen, die der Höhe einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung auf der Basis von 30 Entgeltpunkten entspricht.

Als armutsfestes Niveau wird eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus 30 Entgeltpunkten bezeichnet.⁸⁸ Dies bedeutet, dass bei dem anspruchsberechtigten Personenkreis die Rente um den Betrag aufgestockt wird, welcher der Differenz aus der eigenen Rente und der aus 30 Entgeltpunkten berechneten Rente entspricht.

⁸⁸ Vgl. Hauser, Bekämpfung von Altersarmut: Das 30-30-Modell im Vergleich zu anderen aktuellen Vorschlägen, S.434-442.

Zu den geforderten rentenrechtlichen Zeiten zählen neben den Pflichtbeiträgen auf Grund einer versicherten Beschäftigung, Kindererziehungszeiten, Pflegezeiten und versicherungspflichtigem Sozialleistungsbezug auch beitragsfreie Zeiten. Zu den beitragsfreien Zeiten zählen Anrechnungszeiten, insbesondere Zeiten wegen Krankheit, Rehabilitation, Schwangerschaft/Mutterschutz, Ausbildung und Arbeitslosigkeit, sowie Zurechnungszeiten und Ersatzzeiten.

Auf die Rente nach Mindestversicherungszeiten werden eigene Renten aus anderen Pflichtversicherungssystemen, wie bspw. die Unfallrente und aus anderen Altersversorgungswerken, wie bspw. die Beamtenversorgung angerechnet. Außerdem werden Hinterbliebenenrenten voll angerechnet. Von der Anrechnung befreit sind andere Einkommen und Vermögen des Versicherten, wie z.B. Riesterrenten, Betriebsrenten, Zusatzversicherungen im öffentlichen Dienst, Miet- und Zinseinnahmen, Grundvermögen und Geldvermögen.⁸⁹

Da auch hier Anrechnungszeiten z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Ausbildung berücksichtigt werden, dürften viele Versicherte die Voraussetzung von 30 Jahren rentenrechtlichen Zeiten erfüllen. Laut Statistik haben Männer in Deutschland durchschnittlich 42,1 Versicherungsjahre und Frauen 32,8.⁹⁰ Daher dürften 30 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten grundsätzlich kein Problem darstellen. Freiwillige Beiträge sollen von der Anrechnung ausgeschlossen werden. Dies hat zur Folge, dass die Zahlung von freiwilligen Beiträgen als nicht lohnenswert angesehen wird. Vor allem versicherungsfreie Selbständige, die 30 Jahre freiwillige Beiträge entrichtet haben, gehören somit nicht zum anspruchsberechtigten Personenkreis. Auch Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und Pflege sollen nicht berücksichtigt werden. Folglich werden Frauen, die wegen Kindererziehung

⁸⁹ Vgl. Hauser, Bekämpfung von Altersarmut: Das 30-30-Modell im Vergleich zu anderen aktuellen Vorschlägen, S.434-442.

⁹⁰ Vgl. Abbildung 9: Durchschnittliche Versicherungsjahre und Entgeltpunkte einer Altersrente in Deutschland, S. 31 dieser Arbeit.

jahrelang zu Hause blieben, nicht von der Regelung profitieren, da sie ohnehin durchschnittlich nur 32,8 Versicherungsjahre aufweisen und ohne Berücksichtigungszeiten vermutlich nicht auf die geforderten Jahre kommen. Gerade Frauen würden stark von der Regelung profitieren, wenn sie auf die geforderten Versicherungsjahre kommen würden, da sie im Durchschnitt nur 24,6000 Entgeltpunkte erwirtschaften.⁹¹

Wie groß der anspruchsberechtigte Personenkreis sein würde, lässt sich nicht genau abschätzen, da eine individuelle Einkommensanrechnung durchgeführt werden muss. Es kann davon ausgegangen werden, dass vor allem Geringverdiener von dieser Regelung profitieren werden.

Eine Bruttorente auf Grundlage von 30 Entgeltpunkten beträgt momentan 913,50 €. Verglichen mit dem durchschnittlichen Grundsicherungsniveau von 735 € liegt die Rente somit oberhalb des Grundsicherungsniveaus. Auch hier wurden keine Mehrbedarfe berücksichtigt und die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge außer Acht gelassen. Durch das sinkende Rentenniveau werden in Zukunft immer mehr Entgeltpunkte benötigt, um die Grundsicherungsleistung zu übersteigen. Herr Hauser schlägt eine begrenzte Dynamisierung vor, in der die Berechnungsbasis der Rente nach Mindestversicherungszeiten im Gleichschritt mit der Erhöhung der Regelaltersgrenze bis auf 32 Entgeltpunkte erhöht wird.

Das 30-30-Modell ähnelt dem Prinzip der Garantierente. Vorteilhaft gegenüber der Garantierente ist jedoch, dass Renten aus privater und betrieblicher Vorsorge nicht angerechnet werden. Dadurch wird die zusätzliche Vorsorge als lukrativ angesehen und die gesamten Alterseinkünfte steigen. Die Tatsache, dass eine Vermögensanrechnung nicht erfolgt, führt dazu, dass Personen mit einem großen privaten Vermögen eigentlich weit über dem

⁹¹ Vgl. Abbildung 9: Durchschnittliche Versicherungsjahre und Entgeltpunkte einer Altersrente in Deutschland, S. 31 dieser Arbeit.

Grundsicherungsniveau liegen, dennoch Anspruch auf die Rente nach Mindestversicherungszeiten haben können. Dies könnte unter anderem bei Selbständigen der Fall sein, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nur eine geringe Rentenanwartschaft haben, aber privat gut vorgesorgt haben und ausreichend eigenes Vermögen besitzen. Aber auch Frauen, die selbst geringe Rentenanwartschaften besitzen, deren Männer jedoch eine hohe Altersrente erhalten und sie zusammen weit oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen, würden eine aufstockende Rente erhalten.

Ein weiterer Vorteil ist, dass das Modell sofort umsetzbar ist und nicht nur für Neurentner gilt. Somit kann Altersarmut und der Grundsicherungsbezug deutlich reduziert werden, aber nicht vollständig beseitigt werden, da nicht alle Versicherten, die weniger als 30 EP haben, auf 30 Jahre kommen.

6.4 Die gesetzliche Basisrente

Jedes der vier beschriebenen Modelle hat seine Vor- und Nachteile, daher wurden die Vorteile der verschiedenen Modelle zusammengeführt und zu einem eigenen Modell namens „Die gesetzliche Basisrente“ gemacht. Die Idee, ein Mindestsicherungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 30 Entgeltpunkten einzuführen, hört sich zunächst gut an. Das Problem dabei stellt die Anpassung der Rente im Vergleich zur Anpassung der Grundsicherung dar. Wie bereits unter 4.3 erläutert, steigt derzeit das Grundsicherungsniveau stärker als das Rentenniveau. Daher kann es zukünftig dazu führen, dass eine Mindestrente von 30 Entgeltpunkten geringer als das Grundsicherungsniveau ausfallen kann. Um dies zu verhindern, soll die Rente 10 % über dem regionalen durchschnittlichen Bruttobedarf der Grundsicherung im Alter liegen. Dadurch wird die Rente automatisch mit der Fortschreibung der Regelsätze der Grundsicherung angepasst.

Voraussetzung sind mindestens 35 Jahre mit Beitragszeiten, da die Regelung langjährig Beschäftigte belohnen soll. Nach § 55 Abs. 1 SGB VI zählen zu den Beitragszeiten Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge. Zusätzlich

werden Berücksichtigungszeiten wegen Erziehung und Pflege, sowie Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen, sofern sie Pflichtbeiträge sind, angerechnet. Wichtig ist vor allem die Anrechnung von freiwilligen Beiträgen, da somit auch Selbständige von der Regelung profitieren können oder Frauen, die ansonsten evtl. nicht die geforderte Wartezeit erreichen würden. Zudem werden sie als lohnenswert angesehen. Die Anrechnung von freiwilligen Beiträgen sollte eingeschränkt werden, wie bei der Wartezeit von 45 Jahren nach § 51 Abs. 3a Nr. 4 SGB VI. Das bedeutet, dass freiwillige Beiträge berücksichtigt werden, wenn mindestens 18 Jahre mit Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit vorhanden sind. Grund dafür ist, dass Langzeitselbständige, die privat sehr gut vorgesorgt haben und somit eine Mindestrente nicht benötigen würden, keinen Anspruch haben.

Beitragsfreie Zeiten, sowie Zeiten eines Versorgungsausgleichs oder Rentensplittings sollten von der Anrechnung ausgeschlossen werden, da diese Zeiten auf keiner eigenen Beitragsleistung beruhen.

Bei diesem Modell würde es keine Anrechnung von Alterseinkünften aus betrieblicher und privater Vorsorge geben, da unser Alterssicherungssystem vorsieht, eine Lebensstandardsicherung auf allen drei Säulen aufzubauen. Wenn es eine Anrechnung gäbe, wäre dies kontraproduktiv. Der Anreiz betrieblich und privat vorzusorgen, würde verloren gehen. Alle weiteren Einkünfte sollten jedoch unter Berücksichtigung eines Freibetrags der Einkommensanrechnung unterliegen. Als Grundlage für die Anrechnung sollte meiner Ansicht nach die Neuregelung des Hinzuverdienst-/Teilrentenrechts ab 1.7.2017 herangezogen und erweitert werden, d.h. es sollte grundsätzlich ein Freibetrag von 6300 € im Jahr eingeräumt werden. Wer diesen Freibetrag im Jahr übersteigt, bekommt für jeden weiteren Euro oberhalb von 6300 € 40 Cent von der Rente abgezogen. Einem Versicherten, der ein Einkommen von 7300 € im Jahr hat, wird die Rente um 400 € gekürzt.⁹²

⁹² Vgl. WirtschaftsWoche, Flexi-Rente, So rechnet sich der flexible Einstieg in den Ruhestand, Stufenlose Rentenabschläge bei Hinzuverdienst, S. 1-2.

Dadurch besteht auch die Möglichkeit, neben der Rente hinzuzuverdienen. Mit dieser Einkommensanrechnung sollen Versicherte von der Regelung ausgeschlossen werden, die zusätzliche Einkünfte haben und eine Mindestrente somit nicht benötigen. Außerdem könnte der Rentenversicherungsträger die Einkommensanrechnung jährlich mit dem Hinzuverdienst überprüfen. Eine Bedürftigkeitsprüfung ist nicht sinnvoll, da der Aufwand zu groß wäre.

Die gesetzliche Basisrente würde einen großen Personenkreis einschließen, da die Anspruchsvoraussetzung von 35 Jahren nicht zu hoch angesetzt ist und die Möglichkeit besteht, sich durch Entrichtung von freiwilligen Beiträgen einen Anspruch zu erkaufen. Im Durchschnitt haben Versicherte 37,2 Versicherungsjahre in Deutschland und somit über den 35 Jahren. Die Altersrenten von Frauen beinhalten zwar im Schnitt lediglich 32,8 Entgeltpunkte, aber durch Entrichtung von freiwilligen Beiträgen haben diese auch die Möglichkeit, die Voraussetzung zu erfüllen.⁹³

Die Aufwertung der Rente würde erfolgen, wenn das Alterseinkommen eines Versicherten geringer als 10 % des durchschnittlichen regionalen Grundsicherungsbedarfs ist. Zieht man das durchschnittliche Grundsicherungsniveau in Deutschland i.H.v. 735 € als Rechengrundlage heran, würde die Basisrente 808,50 € betragen.

Das Ziel, Altersarmut und Bezug von Grundsicherungsleistungen zu vermeiden, wäre für den anspruchsberechtigten Personenkreis erfüllt. Zusätzlich kann die Rente durch betriebliche und private Altersvorsorge erhöht werden.

⁹³ Vgl. Abbildung 9: Durchschnittliche Versicherungsjahre und Entgeltpunkte einer Altersrente in Deutschland, S. 31 dieser Arbeit.

7 Fazit

Ziel der Integration von dem Fürsorgeprinzip in die gesetzliche Rentenversicherung ist es, Altersarmut und den Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter zu vermeiden. Dieses Ziel verfolgten primär alle fünf vorgestellten Modelle. Jedoch kann es meistens nur für ein Teil der Versicherten erfüllt werden, da manche Personengruppen durch das Raster fallen, wie z.B. Selbständige oder Frauen. Die Politik sollte versuchen, so viele Versicherte wie möglich einzuschließen, damit Altersarmut vermieden werden kann und der Bezug von Grundsicherungsleistungen gesenkt wird. Dies könnte man unter anderem mit den Anspruchsvoraussetzungen durch z.B. die Erfüllung einer bestimmten Anzahl von Versicherungsjahren und der Einkommensanrechnung steuern. Wenn weiterhin am Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung festgehalten wird, gerät es immer mehr in Konflikt mit der eingeleiteten Rentenniveausenkung. Durch die Einführung einer Mindestrente würde die Legitimation der gesetzlichen Rentenversicherung wieder gestärkt werden, da die Renten das derzeitige durchschnittliche Grundsicherungsniveau in der Regel überschreiten würden. Außerdem wäre das Vertrauen der Menschen auf ein sicheres Alterseinkommen gestärkt. Die anspruchsberechtigten Versicherten könnten auf die Mindestrente vertrauen und zusätzlich betrieblich und privat vorsorgen. Die Lebensstandardsicherung aus allen drei Säulen wäre somit erfüllt. Wichtig ist, dass eine Rentenreform ganzheitlich betrachtet wird, um dem Anspruch der Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Literaturverzeichnis

Beiträge zu Sammelwerken, Festschriften und Kongressbänden

Gunkel, Alexander: Die sozial- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Rentenversicherung aus Sicht der Arbeitgeber. Kapitel 34 Die gesetzliche Rentenversicherung im Drei-Säulen-Modell, in: E. Eichenhofer/H. Rische/W. Schmähl (Hrsg.): Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung SGB VI, 2012, S. 821 (zitiert als Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung)

Hauser, Richard: Bekämpfung von Altersarmut: Das 30-30-Modell im Vergleich zu anderen aktuellen Vorschlägen, in: Vogel, Claudia/Motel-Klingebiel, Andreas (Hrsg.): Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut?, 2013, S.426-442 (zitiert als Hauser, Bekämpfung von Altersarmut: Das 30-30-Modell im Vergleich zu anderen aktuellen Vorschlägen)

Ruland, Franz: Grundprinzipien des Rentenversicherungsrecht. Kapitel 9 Zur Äquivalenz zwischen Beitrag und Leistung, in: E. Eichenhofer/H. Rische/W. Schmähl (Hrsg.): Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung SGB VI, 2012, S. 279 (zitiert als Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung)

Strengmann-Kuhn, Wolfgang: Grundrente und Grundsicherung im Alter - Ziele, Modelle und offene Fragen, in: Opielka, Michael (Hrsg.): Grundrente in Deutschland, Sozialpolitische Analysen, 2004, S. 101 (zitiert als Strengmann-Kuhn, Grundrente und Grundsicherung im Alter - Ziele, Modelle und offene Fragen)

Kommentare, Lehrbücher, Berichte

BMAS: Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 2016), 2016 (zitiert als BMAS, Bericht der Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI)

BMAS: Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, Bericht der Kommission, August 2003 (zitiert als BMAS, Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme)

BMAS: Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2016 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI (Alterssicherungsbericht 2016), 2016

Edtbauer, Richard/Kievel, Winfried: Grundsicherungs- und Sozialhilferecht für soziale Berufe, 3. Auflage, 2014 (zitiert als Edtbauer/Kievel, Grundsicherungs- und Sozialhilferecht für soziale Berufe)

Deutsche Rentenversicherung Bund: Rentenversicherung in Zeitreihen, 22. Auflage, Oktober 2016 (zitiert als DRV Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, 2016)

Hesse, Werner/Wenzel, Gerd: Was tun, wenn die Rente nicht reicht?, 2. Auflage, 2013 (zitiert als Hesse/Wenzel, Was tun, wenn die Rente nicht reicht?)

Pilz, Frank: Der Sozialstaat, Ausbau-Kontroversen-Umbau, Band 761, 2009 (zitiert als Pilz, Der Sozialstaat)

Renn, Heribert/Schoch, Dietrich: Die neue Grundsicherung, 1. Auflage, 2002 (zitiert als Renn/Schoch, Die neue Grundsicherung)

Statistik Baden-Württemberg: Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, 2015

Schellhorn, Walter: SGB XII - Sozialhilfe, Textausgabe des Sozialgesetzbuches - Zwölftes Buch (SGB XII) Sozialhilfe, mit einer systematischen Einführung, 12. Auflage, 2005 (zitiert als Schellhorn, SGB XII – Sozialhilfe)

Schmähl, Winfried: Warum ein Abschied von der „neuen deutschen Alterssicherungspolitik“ notwendig ist, ZeS-Arbeitspapier, 01/2011

Zeitschriftenaufsätze

Becker, Irene: Die Grundsicherung: Seit 2003 das unterste Auffangnetz im Alter und bei Invalidität, in: Deutsche Rentenversicherung Zeitschrift, Heft 2, 06/2013, S. 131-132

Eggen, Bernd: Zum Verhältnis von gesetzlicher Rente und Grundsicherung, Bericht über die Jahrestagung 2013 des Forschungsnetzwerks Alterssicherung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 06/2013, S. 10-17 (zitiert als Eggen, Zum Verhältnis von gesetzlicher Rente und Grundsicherung)

Mandler, Peter: Änderungen an der Grundsicherung im Alter statt unsystematischer Rentenkonzepte, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 92.Jahrgang, 12/2012, S.822-826 (zitiert als Mandler, Änderungen an der Grundsicherung im Alter statt unsystematischer Rentenkonzepte)

Schmidt, Steffen: Wohin steuert die Altersvorsorge?, in: Deutscher Sozialrechtsverband e.V., Mitteilungsblatt Nr. 45, Dezember 2016, S. 1-4 (zitiert als Schmidt, Wohin steuert die Altersvorsorge?)

Internet

Anwalt24: Lexikon, Sozialstaat; <http://www.anwalt24.de/lexikon/sozial-staat#> [31.03.2017]

BMAS: Presse, Meldungen, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, Die Broschüre; http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Rente/gesamtkonzept-alterssicherung-broschuere.pdf?__blob=publicationFile&v=7 [13.03.2017] (zitiert als BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, Die Broschüre)

BMAS: Presse, Meldungen, Gesamtkonzept zur Alterssicherung, Das Gesamtkonzept im Detail; http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Rente/gesamtkonzept-alterssicherung-detail.pdf;jsessionid=80CCB720825B898387C4CECC8D8816DF?__blob=publicationFile&v=11 [13.03.2017] (zitiert als BMAS, Gesamtkonzept zur Alterssicherung)

Deutscher Bundestag: Drucksache 17/13493 vom 15.05.2013; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf> [13.03.2017]

Deutsche Rentenversicherung: Home, Presse, Informationen der Pressestelle, Medieninformationen, Rentenanpassung 2014; http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/4_Presse/infos_der_pressestelle/02_medieninformationen/03_pressematerial/rentenanpassung/faq_rentenanpassung_2014.html [08.02.2017] (zitiert als Deutsche Rentenversicherung, Rentenanpassung 2014)

Deutsche Rentenversicherung Bund: Home, Wir über uns, Fakten und Zahlen, Statistiken, Statistikpublikationen, Statistikband Rente, 2015; http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/6_Wir_ueber_uns/03_fakten_und_zahlen/03_statistiken/02_statistikpublikationen/25_statistikband_rente_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [31.03.2017] (zitiert als DRV Bund, Statistikband Rente, 2015)

Deutsche Rentenversicherung: Home, Wir über uns, Fakten und Zahlen, Statistiken, Statistikpublikationen, RV in Zahlen 2016; http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/6_Wir_ueber_uns/03_fakten_und_zahlen/03_statistiken/02_statistikpublikationen/02_rv_in_zahlen_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=24 [09.03.2017] (zitiert als Rentenversicherung in Zahlen 2016)

Deutsche Rentenversicherung Bund: Home, Presse, Informationen der Pressestelle, Medieninformationen, Pressemitteilungen, die durchschnittliche Rentenbezugsdauer steigt; http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Bund/de/Inhalt/4_Presse/medieninformationen/01_pressemitteilungen/2007/2007_9_27_durchschnittliche_rentenbezugsdauer_steigt.html [13.03.2017] (zitiert als Pressemitteilung der DRV Bund)

Grand Tourisme - Worldwide: Alterssicherung. Eine Herzensangelegenheit; <http://www.gt-worldwide.com/kategorie/thema/firmenseiten-startseite/firmenseiten-index/firmen-politische-parteien/fruehling-in-deutschland/fid-positionen/fid-alterssicherung-pos-zakocs.html> [27.03.2017]

Hans-Böckler-Stiftung: Presse, Pressemitteilungen, Nur eine Minderheit nimmt Anspruch wahr, Studie: Grundsicherung erreicht viele arme Senioren nicht; https://www.boeckler.de/14_40890.htm [07.02.2017] (zitiert als Hans-Böckler-Stiftung, Studie: Grundsicherung erreicht viele arme Senioren nicht)

IG Metall: Für ein angemessenes Leistungsniveau der gesetzlichen Rente; <https://www.mehr-rente-mehr-zukunft.de/kampagne/argumente-warum-es-so-nicht-weiter-geht/ig-metall-fuer-ein-angemessenes-leistungsniveau-der-gesetzlichen-rente/> [24.03.2017]

Infoportal zum Thema Altersvorsorge: Home, Lexikon, Drei-Säulen-Modell; <http://www.besteaaltersvorsorge.com/glossary/drei-saeulen-modell/> [14.02.2017] (zitiert als Infoportal Altersvorsorge, Drei-Säulen-Modell)

Kita: Kinderbetreuung, Rechte und Pflichten, Anspruch auf einen Betreuungsplatz; <http://www.kita.de/wissen/kinderbetreuung/rechte-und-pflichten/anspruch-betreuungsplatz> [27.02.2017]

Rentenreform-Alternative: Rentenniveau; <http://www.rentenreform-alternative.de/rentenniveau.htm> [13.02.2017]

Sozialpolitik: Start, Materialien, Hintergrund: Rentenversicherung, <http://www.sozialpolitik.com/artikel/hintergrund-rentenversicherung> [10.02.2017] (zitiert als Sozialpolitik, Hintergrund Rentenversicherung)

Sozialpolitik aktuell: Durchschnittlicher Grundsicherungsbedarf und durchschnittliche Höhe der zugehenden Erwerbsminderungsrenten 2005 - 2014; http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII91.pdf [07.02.2017] (zitiert als Sozialpolitik aktuell, Durchschnittlicher Grundsicherungsbedarf)

Sozialpolitik aktuell: Niedriglohn und Rente; http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Dokumente/2011-07-01%20Niedriglohn%20und%20Rente.pdf [23.02.2017]

Sozialpolitik aktuell: Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003-2015; http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Sozialstaat/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII50.pdf [07.02.2017]

Statistisches Bundesamt: Durchschnittliche Rentenbezugsdauer der Versichertenrenten (in Jahren) in Deutschland im Jahr 2015; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154353/umfrage/durchschnittliche-renten-bezugsdauer-2008/> [13.03.2017] (zitiert als Statistisches Bundesamt, Durchschnittliche Rentenbezugsdauer der Versichertenrenten)

Statistisches Bundesamt: Grundsicherung, Durchschnittlich anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung; https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/6_Empf_DurchschnBetr_VerschMerkmale.html [07.02.2017] (zitiert als Statistisches Bundesamt, Durchschnittlich anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung)

WirtschaftsWoche: Flexi-Rente, So rechnet sich der flexible Einstieg in den Ruhestand, Stufenlose Rentenabschläge bei Hinzuverdienst; <http://www.wiwo.de/finanzen/vorsorge/flexi-rente-stufenlose-rentenabschlaege-bei-hinzuverdienst/14621612-4.html> [17.03.2017]

Wohngeld: Mietstufen in Baden-Württemberg 2017 für Gemeinden und Kreise; <http://www.wohngeld.org/mietstufe/baden-wuerttemberg.html> [06.02.2017] (zitiert als Mietstufen in Baden-Württemberg 2017)

Zeit Online: Demografischer Wandel – Die Rentner-Republik; <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/erwerbsalter-rentner-verhaeltnis> [13.03.2017]

Erklärung der Verfasserin

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.

Ludwigsburg, den 26.04.2017
